



Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.

Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.

Der Courier ist in die Postzettelungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin S0.16, Engel-Ufer 21.

Telephon: Amt IV, 950.

Geöffnet: 9—1 Uhr vorm., 8—7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionsschluß

am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bücher und Metallationen an die Schriftleitung.

Nr. 7.

Berlin, den 13. Februar 1910.

14. Jahrg.

„Der Herr Chauffeur“.

Viele unserer Kollegen sehen vom hohen Kutschbock herab mit Stolz auf ihren Kollegen Chauffeur, welcher mit „Eilzugsgegenlichkeit“ an ihnen vorbeifährt und Pferd und Wagen weit hinter sich lässt. „Das Pferd der Zukunft“ nurmehr gar mancher in seinen Bart und mancher Kutscher und Fahrbusch sieht sich arbeitslos an der Strafencoste stehen, die weile Autos heisst an ihn vorbeizausen. Weitere Kollegen bedauern, daß sie schon in die Jahre gekommen sind, und nicht mehr die hellen Augen, nicht mehr die Kraft in den Knochen haben, um noch „umzuturn“ und sich dem „herrlichen“ Berufe eines Chauffeurs widmen zu können. Hat man wirklich Ursache, sehr niedisch auf diese Kollegen zu sein?

Gewiß gibt es auch unter den Chauffeuren große Kutschmeister, Mauselbuden, die im Wirtshaus von ihrem „großen Verdienst“, ihrem „feinen Umgang“, ihrem „herrlichen Beruf“ renommieren. Sie blicken mit einer gewissen Verachtung auf ihre Kollegen vom Kutschbock herab und fühlen sich in den Kreisen der sogenannten „Herrschaften“, die sie bedienen, auszufahren müssen, ganz wie zu Hause.

Betrachtet man aber die Sache näher, so fällt uns sofort auf, daß all diese Kutschereien in sich zerfallen. Der Herr Chauffeur wird von den Herrschaften nicht höher als der frühere Kutscher eingeschätzt und wenn mal in Beleidigung oder gar Langeweile usw. der „gnädige Herr“ unterwegs im Wauderton mit seinem Chauffeur sich unterhält, so geschieht dies wahrlich nicht, um sich „standesgemäß“ zu unterhalten. Der Chauffeur der sogenannten „feinen Häuser“ hat den Johann, den braven, alten Kutscher abgelöst. Das Halten von Pferden, auf die man früher ja so stolz war, die man bei jedem Dorfo traben ließ, wird immer unmodern. Das Auto tritt anstelle der Pferde und Kutschen, der Chauffeur ist nur der abgelaufte Kutscher, den man mit oder ohne Gnadengehalt einfach entlassen hat. Johann mußte „dem Fortschritt zum Opfer fallen“, heißt es im Salon, wenn man über die „soziale Frage“ sich zu unterhalten beliebt. Dafür hält man ja jetzt eine andere Kraft — den Chauffeur. Johann war aber auch sehr stolz auf „seine Herrschaft“ und hielt sich als einen besseren Kutscher, weil er die hohe Ehre hatte, einen leibhaftigen Grafen oder gar einen Prinzen ausfahren zu können. Dabei war dem „gnädigen“ Herrn der Johann ganz gleichgültig, wenn nicht hier und da die „Gnädige“ Gefallen an dem strammen Menschen gefunden hätte. Heute noch gibt es leider viele sogen. „Herrschäfts-Kutscher“, die es unter ihrer Würde halten, sich einer Organisation anzuschließen und die in ihrer Unkenntnis oder Verblendung sogar auf die „Unzufriedenen“, „Heiter“ usw., schimpfen. Johann hört eben aus den Gesprächen der „Herrschaft“ manche Worte, die er still in seinen Gedankenlasten aufnimmt und sich verpflichtet fühlt, fest „zur Herrschaft“ zu halten. Er ist ja der Diener auf dem Kutschbock, der in România so eine hübsche Rolle spielt, wie der alte treue Diener, der alle Familiengehörnisse seiner Herrschaft kennt und verschwiegen wie das Grab diese Hütte.

Doch die Zeiten ändern sich gewaltig und mancher alte Diener hat den Hauch der Zeit an seinem eigenen Leibe spüren müssen. Der Johann des Hauses und auf dem Kutschbock wird eben entlassen, zumal ja der Dienstvertrag auch dem „gnädigen“ Herrn gar keine Verpflichtungen auferlegt. In 14 Tagen ist seine Zeit herum. Pferd und Wagen sind unmodern geworden, die — „Gnädige“ wünscht jetzt ein Auto und flugs hält der neue Johann vor dem Tor der Villa und grinst den alten Johann an, der aus allen Wolken gefallen, seinen alten, „treuen“ Romanloppe immer wieder schüttelt und zu spät einzieht, daß sich die Zeiten doch geändert und nur er konserватiv geblieben ist. Johann hat „seine eigene Uniform“, auf die er ja so stolz war und sucht in seinen alten Tagen womöglich als Fuhrmann Arbeit, auf den er früher so verächtlich heruntergesehen hatte.

Der „Herr Chauffeur“ hat eine andere „Uniform“ bekommen, die sich für ihn passt, die auch modern ist. Doch so einfach war sein Engagement nicht, wie mancher vielleicht glaubt. Es ist ja heute schon kein Mangel mehr an Chauffeuren vorhanden und die „Herrschaften“ können sich nach Belieben auch schon

auswählen. Dafür sorgen schon die vielen „Chauffeurschulen“, die sich in jeder Großstadt aufstellen und die vielen armen Leuten die letzten Sparpfennige rauben. Marktstreicherisch wird da in den Tageszeitungen verkündet, daß in wenigen Wochen tückige Chauffeure ausgebildet werden. Die Zahl der „Schüler“ wächst sehr schnell und viele müssen geduldig warten, bis sie auch mal an die Reihe kommen und nicht allein „theoretisch“ sondern auch praktisch das Fahren erlernen können. Nicht selten hat der Besitzer dieser „Chauffeurschule“ nur ein einziges Auto zur Verfügung und ist doch in der Lage, seinen Schülern „alle Systeme“ gründlich zu erlernen.

Ist das Geld alle, so wird der „Lehrling“ entlassen und muss dann, bevor er selten erlernt neuen Beruf auch praktisch ausüben kann, noch eine Probe seines Könnens vor dem „behördlich anerkannten Sachverständigen“ ablegen. Er muss das sogenannte Prüfungssatzt in Händen haben, bevor er eine Stelle als Chauffeur erhält. In Frankfurt a. M. hat dieses Attest z. B. folgenden Wortlaut:

„Prüfungssatzt für Führer von Kraftfahrzeugen.
Auf Grund des § 14 der Oberpräsidialverordnung vom 16. 9. 1906 und nach Vorschrift vom 18. 2. 1909 wird hiermit bescheinigt, daß Herr
Beruf: Chauffeur . . . geboren am . . .
zu . . . wohnhaft, mit der Handhabung
des heute vorgeführten Kraftfahrzeuges, Fabrikat:
. . . Pferdestärke: . . . Gewicht:
. . . vollständig vertraut ist und zur
Führung desselben im öffentlichen Verkehr zuge-
lassen werden kann.

Unterschrift: behördlich anerkannter Sachverständiger.

Hatte der junge Chauffeur bei seiner ersten Probefahrt aber Malheur, so kann er dieses Attest nicht erhalten. Die Kosten sind vergeblich verausgabt, während z. B. im Jahre 1907 dieses Attest 3 M. geflossen hatte, muß der Neuling jetzt 20 M. dafür zahlen. Doch einen Holden hat die Geschichte noch. Das Attest bescheinigt, daß der Führer mit dem Fabrikat so und so vertraut ist. Nun gibt es aber heute die vielen und verschiedenen Systeme und Marken und muß sich der Chauffeur darauf gefaßt machen, daß ihm die neue Herrschaft nicht einstellt, weil ja ihr Wagen ein anderes Fabrikat ist.

„Moderne“ Chauffeure haben daher heute verschiedene Atteste in der Tasche und sind so auf alles gerüstet.

Bei der Einstellung in die freie Stelle wird aber auch schon sehr über die Höhe des Lohnes gehandelt. Früher waren die Herrschaften froh, einen tüchtigen Fahrer zu finden und sein Preis war zu hoch. Angebot und Nachfrage bestimmt also auch hier schon die Höhe des Lohnes. Von der Arbeitszeit sagt man gar nicht mehr zu sprechen. Johann hatte ja auch keine bestimmte Arbeitszeit und das ist man so gewöhnt. Hat die „Gnädige“ die Laune, in aller Frühe auszufahren, der neue Johann wird gerufen. Will der „Gnädige“ Herr, der ja auch sehr oft so ungern sein kann, in später Nachtstunde noch in die Umgegend eine Mondscheinpartie mit seiner — Liebsten unternehmen, Johann, der Moderne, wird gerufen. Kommt er auch nachts müde und hungrig heim, so hat er keinen Anspruch auf Extrabezahlung. In guter Laune wirft man ihm ein Trinkgeld vielleicht hin. Aber auch auf der Fahrt wird der Chauffeur nicht am Tische mit der Herrschaft dinnieren, wie er vielleicht im Wirtshaus renommiert. Johann mußte in der Kutschstube essen, der Chauffeur im hinteren Total der Wirtschaft, oft für sein eigenes Geld ein verhältnismäßig teures Essen einnehmen. Im Schneekurz und in der Sonnenkurz fügt er unbedingt auf seinem Wagen und achtet der Fahrt. Alle Geschenke der Wege soll er lenken, auch auf seine Maschine sich immer verlassen können und wehe, wenn ihm ein Malheur passiert. Johann hatte seine Pferde fest im Bügel und konnte auch ihre Launen. Seltens ist ihm ein Unfall passiert, die Fahrt war eben der Kraft der Tiere angemessen. Das Auto hat auch Pferdekräfte, die aber jederzeit verstärkt benutzt werden können. Auf Wunsch des befohlenen „Herren“ dummen Jungen, der überglücklich oder histrischen „Gnädigen“ muß der Chauffeur mit „Woll dampf“ fahren, die Vorrichtungen übersehen, kurz, den Launen seiner Herrschaft

sich folgen. Klappet es, so war er ein guter Fahrer. Gibt es Malheur, so war er eben „befossen“ über ein schlechter Chauffeur, dem man eigentlich den Fahrer wieder entziehen sollte. Er muß sich mit den Passanten der Straßen „befammt“ machen, ihre Glücke über das Tempo ruhig hören, sich mit verängerten Bauern, die ihr liebes Vieh in Gefahr sehen, mit Kutschern herumbeissen, die nicht ausweichen wollen und ihren Kollegen vom Auto nicht hold sind usw. Dann tritt wieder die liebe Polizei schneidig auf und verliest die Verordnungen. Geldstrafen von der Herrschaft bezahlt aber für den Chauffeur registriert, sind das Ende, wenn ihm nichts schlimmeres passiert ist. Hat er in der ihm aufgetragenen Eile einen Menschen verletzt oder getötet, so kommt er vor die Strafkammer und mehrere Monate Gefängnis ist sein Los. Der „Herr Chauffeur“ hat aber auch kein Totenkopf an, wie der Volksmund sagt. Hat er ein Unglück, so kann er schwer verletzt, als Krüppel oder gar als Totter vom Platz getragen werden. „Johann auf dem Auto“ ist nicht mehr fähig, weiter seinen Beruf auszuüben. Der ganze Beruf ist ja noch verhältnismäßig jung und neu. Bald werden aber auch dem geübtesten Fahrer die Augen oder die Nerven nicht mehr gehorchen wollen und er wird als Invalid von der Herrschaft einfach entlassen. Keht er dann zu dem ehemaligen und später vielleicht verlassenen Beruf als Pferdetreiber, Fuhrmann, Schlosser usw. wieder zurück?

Wird er stark über durch Unfall verletzt, so ist er auf die Laune der Herrschaft angewiesen. Als Diener im Herrschaftshaus unterliegt er keiner Krankenversicherung oder Unfallversicherung. Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach er Anspruch auf 6 Wochen Verblegung seitens der Herrschaft hat, finden auf ihn nur Anwendung, wie auch auf die Marie, die in der Herrschaftshaus hantiert. Noch schlimmer ist er aber dran, wenn er als Krüppel Auto verlassen muß. Kleine Unfallrente wird ihm gezahlt, da ja in den seltsamsten Fällen der Besitzer des Autos für den Unfall haftbar gemacht werden kann. Wird er bei dem Unfall getötet oder stirbt er nach langem Krankenlager an den Folgen des Unfalls, so ist seine Familie auch nur auf die Gnade der Herrschaft angewiesen. Rente erhält sie nicht, wenn auch ihr Ernährer im Beruf sein Leben gelassen hat. Über auch bei Lohnstreitigkeiten, die ja nicht mehr selten sind, seitdem sich so viele Fahrer anbieten, ist er übler dran als sein Kollege, welcher für einen Gewerbebetrieb arbeitet. Nicht am Gewerbebericht, welches früher die Instanz für seine Lohnstreitigkeiten war, kann er sein Recht suchen, sondern er muß den langweiligen und risikanten Weg des „Rechts“ am Amts- oder gar Landgericht einzuschlagen, seine letzten Groschen für Anwalt oder Gerichtslosen opfern. Hier ist ihm der „gnädige“ Herr immer überlegen, der sich den besten Anwalt halten und den Prozeß in die Länge ziehen kann.

Besser ist also, wie gesagt, der Chauffeur daran, der für einen Gewerbebetrieb arbeitet. Er kann das Gewerbebericht bei Lohnstreitigkeiten in Anspruch nehmen, ist in der Krankenlasse versichert und kann den Kampf um seine Unfallrente mit der zähen Vertragsgenossenschaft aufnehmen, wie seine anderen Kollegen vom Fuhrwerk auch.

Doch auch diese haben keine Ursache, sich aufs „hohe Ross“ zu setzen, wenn dieser Ausdruck am Platz ist.

Sie sind noch mehr Gefahren ausgesetzt als Ihre Kollegen vom Lohnfuhrwerk, seien ständig dem Tod ins Auge und haben auch sonst ein viel größeres Risiko, als diese. Dabei ist ihr Sohn auch nicht viel höher bemessen. Viele Geschäfte machen den Chauffeur auch für alle Schäden haftbar, die am Auto sich einstellen. Und welche Reparaturkosten sind da oft zu zahlen. Hat der Chauffeur die nötige Vor- oder Ausbildung, so sucht er sich selbst zu helfen. In später Nachtstunde oder Sonntags arbeitet und montiert er dann nach Kräften, um seine Stelle zu halten oder sich vor Lohnabzug zu bewahren.

Die Unternehmer schützen sich ja auch auf Grund des Arbeitsvertrages, den man heute gedankenlos noch den „freien“ Vertrag nennt, vor Schaden und halten ihren Chauffeuren größere Beiträge am Lohn für Kautionszwecke ein. Der Rest ist dann gewöhnlich die Klage am Gewerbebericht.

So lesen wir jeden Tag unter Gewerbeberichts-urteilen neue Verhandlungen über dieses Thema. Das

"Frankfurter Arbeiterblatt" brachte z. B. neulich folgende Notiz:

"Das Risiko der Chauffeure. Den Chauffeuren der Adlerwerke werden so lange Abzüge gemacht, bis eine Ktaution von 100 Ml. beisammen ist. Nach Ansicht der Chauffeure soll die Ktaution als Sicherung für die Einnahme dienen; die Firma nimmt sie aber auch als Sicherung für den durch die Chauffeure an den Automobilfroschen angerichteten Schaden in Anspruch und zwei Chauffeure, die am Gewerbebericht auf Herauszahlung der Ktaution klagen, befanden, daß selten ein Chauffeur abgeht, der nicht die Ktaution ganz oder teilweise auf der Strecke lassen muß. Die Firma weigerte sich, den beiden Klägern die Ktaution herauszugeben, weil sie ihr durch leichtsinniges Fahren erheblichen Schaden zugesetzt hätten, und stellte Gegenrechnungen auf. Der eine ist in einem Blaudatt gegen einen Stein gefahren, wodurch eine Achsenverbiegung entstand, die 97,15 Ml. Reparaturkosten verursachte. Der andere fuhr nachts auf der Mainzer Landstraße in ein ausgerissenes Trambahngleis; das Automobil erlitt dabei Blessuren, deren Heilung einen Kostenaufwand von 760 Ml. erforderte. Das Gericht erklärte die Kläger für schadenerzählig, sprach dem einen von seinen 100 Ml. nur 2,85 Ml. zu und verurteilte den anderen noch zur Herauszahlung von 660 Ml. an die Adlerwerke.

Ja, das ist das Risiko der Chauffeure. Können aber diese auf eigene Kraft allein diese Verhältnisse bessern? Nein. Sie sind Arbeiter, wie die andern auch und teilen deren Schicksal. Sondern sie sich auf die Dauer ab, so beweisen sie nur, daß sie eigentlich nicht höher stehen als der alte Johann auf dem Kutscherdock, der sich zur "Familie" oder zu "einer Herrschaft" gezählt hat. Dem Johann war dies aber noch einigermaßen zu verzeihen. Er ist im guten Glauben so alt und grau geworden, bis er vom Auto verdrängt wurde, dessen Kommen er ja nicht gut ahnen konnte. Der Chauffeur ist aber ein moderner, ein ganz moderner Mensch und muß als solcher auch die Beziehungen verstehen, was bleibt ihm da anders übrig, als zu seinen Klassengenossen und übrigen Leidensgefährten zu halten und mit ihnen gemeinschaftlich für Besserung seiner Lage zu kämpfen?

"Der Herr Chauffeur" existiert also nur in der Einbildung nicht ausgebildeter Menschen, die sich als Werkzeuge schmälerer Ausbeuter noch gebrauchen lassen, auf deren Schmerzen zu viel Gewicht legen, denen sie eben nur als Diener im Sinne des Wortes gute Dienste leisten und gehorchen sollen.

Die Tarifstreue der Firma Jandorf in Berlin.

In der Arbeiterbewegung ist es Usus, daß Firmen, mit denen die Gewerkschaftsorganisationen Tarifverträge abgeschlossen haben, von der öffentlichen Kritik während der Laufe des Vertrages verschont bleiben. Dies, weil ja fast jeder Tarifvertrag Vorkehrungen trifft, wie etwa dennoch entstehende Differenzen zwischen Angestellten und Geschäftsführung schiedlich friedlich, durch Verhandlungen der maßgebenden Parteien geregelt werden können. Das ist bis jetzt immer dort geschehen, wo gegenwärtig der beste Wille vorhanden war, entstandene Differenzen auf diese Weise aus der Welt zu schaffen. Da freilich, wo nur schwere Worte der Beschwichtigung jassen, denen dann aber die Tat nicht folgt, dort, wo augencheinlich der gute Wille zur ausgleichenden Tat nicht vorhanden ist, oder dort, wo eine Geschäftsführung nicht im Stande ist, ihren diesbezüglichen Willen auch beim Aufschlüsselungspersonal durchzudrücken, ist auch, wenn die Dinge zu weit gehen, die Organisation berechtigt, von der Regel eine Ausnahme zu machen. Auch die Organisation kann ihren Mitgliedern nicht dauernd den Mund zubinden, zumal dann, wenn auf wiederholte Verhandlungen immer wieder neue Übergriffe, wenn auch vielleicht nicht selten, der Firmenleitung, so doch von Seiten ihres Aufschlüsselpersonals erfolgen.

Aus der Praxis ist ja nur zu gut bekannt, daß es unter dem Aufschlüsselpersonal eines Betriebes stets Charaktere gibt, die ihren eigenen Aufstieg oder ihre Position durch möglichste Schnelligkeit gegenüber den ihnen unterordneten sichern möchten. Diese sind es denn auch, die durch ihr arrogantes und oft bspiellos ungeschicktes Auftreten, durch unmögliches Hervorkehren des Herren- und Kommandeurstandpunktes, unablässlig den Frieden zwischen Geschäftsleitung und den Angestellten stören. Sie minderwertiger die geschäftlichen Leistungen etrs. solchen Unternehmers sind, desto mehr sucht eine solche Person ihre fehlende Qualifikation durch schnarrenden Unteroffizierston und rücksichtloses Auftreten gegenüber dem ihrer Ansicht unterstehenden Personal zu ersehen. Solche Leute, selber Maschinen, nicht denkende und fühlende Persönlichkeiten, suchen sich blinder Rüstreuten gehorsam zu erzwingen, wobei sie immer vergessen, daß Arztsarillet auf freie Arbeiter nicht anwendbar sind. Eine Firma, die solche Streberlinge und deren aktloose Uebereiter nicht selbst in Schranken zu halten vermöge, muß sich denn schon gefallen lassen, wenn sich die Gedrückten, Geplagten und Geschuhriegelten dann in irgend einer Weise Lust machen.

Weil der geschlossene Tarifvertrag vielfach nicht eingehalten wird, weil vor allen Dingen trögen gegen eintige Werksprüchen den Vertragsnäheren der Organisation aus den fadenscheinigsten und unmöglichsten Gründen aufs Pfaster gesetzt worden, konnte auch unsere Organisation, altheit gedrängt von den Mitgliedern, zu den Dingen im Warenhaus

Jandorf nicht dauernd schweigen und mußte in einer Versammlung Gelegenheit zur offenen Aussprache geben werden.

Am 26. Januar hat denn auch eine öffentliche Versammlung stattgefunden mit folgender Tagesordnung: 1. Wie ist das Verhalten der Firma Jandorf gegenüber ihren Hausdienern usw. seit dem Boykott von 1907?

Das einleitende Referat hielt der Sektionsleiter, der einen kurzen Überblick gab von den Plänen, die die Organisation von dem Boykott im Jahre 1907 an bis heute zu bestehen hatte. Man müsse sich endlich einmal klar werden, wie die Firma Jandorf dem zwischen ihr und dem Verband abgeschlossenen Tarife Achtung verschafft hat. Er, Medner, wolle nur eine rein sachliche Schilderung der Sachlage geben, aber er sei der Meinung, daß, wenn Verträge abgeschlossen werden, diese auch eingehalten werden müssten. Schon bei der versprochenen Wiedereinstellung der Gemahrgelten nach dem Boykott habe die Firma Schwierigkeiten bereitet. Auch sollten neue Maßregelungen nicht mehr stattfinden, dennnoch wurde gemäßigt, angeblich erfolgten die Entlassungen nur, weil Personal überflüssig war. Nebenbei schaue man noch andere Wege ein, um die verhaspte Organisation auszurotten: man gründete einen gelben Verein, den sogenannten "Jandorfschen Hausdienner-Verein", der natürlich nur auf Korruption aufgebaut ist und mit einer modernen Kampfsorganisation nichts zu tun hat.

Natürlich wurde dadurch das kollektive Verhältnis unter dem Jandorfschen Personal nicht verbessert. Unsere Leute sollen betreten, womit die Herren allerdings nicht allzu viel Glück hatten. Auch die tariflichen Abmachungen bezüglich des Lohnes wurden ignoriert. Fortwährend seien Klagen darüber bei der Organisation eingelaufen. Die Firma Jandorf wußte von nichts und wisch ihre Hände in Unschuld. Sie wußte nichts von all den Tarifbrüchen, die tagtäglich in ihren Betrieben geübt wurden. Sie behauptete auch regelmäßig, daß von ihrer Seite niemals das Koalitionsrecht angestötzt werde. Die neuesten Entlassungen datieren nun um die Zeit zu Weihnachten aus dem Kaufhaus des Westens. Unter den Entlassenen waren zwei Vertrauliente des Verbandes. Beide waren tüchtige, brauchbare Arbeiter, die sich während ihrer Tätigkeit bei der Firma stets gut geführt hatten. Die Entlassungsgründe waren so durchsichtig, daß man nur ganz leicht den Zweck merkte. Der Verband mußte sich sagen, daß dies keine gerechtsame Gründe seien. Nun hatte die Firma die Annonce zu dieser Versammlung gelesen und sich an die Organisation mit der Frage gewandt, wie diese dazu komme, trotz des Tariffs öffentliche Versammlungen einzubüren. Das Resultat aller Verhandlungen war aber, daß die Gemahrgelten nicht wieder eingestellt würden. Zuerst habe die Firma beim Fall Schreiber gesagt, er hätte sich Verfehlungen zuzuschulden kommen lassen. Der Organisation aber wurde erklärt, der Posten sei zu teuer. So seien die Zustände bei der Firma Jandorf. Allerdings trete nicht die ganze Schuld die Leitung des Hauses. Das Hauptfehl liegt in dem Inspektorenystem. Er, Medner, habe sich bemüht, objektiv zu sein. Das Urteil, ob die Entlassungen zu Recht beständen, überlässe er der Versammlung.

Nach dem Referat sprach ein Verbandssekretär, der an den Verhandlungen mit der Firma teilgenommen hatte. Es sei nicht das erste Mal, daß der Verband und auch, wie die letzten Fälle in der Presse bewiesen, die Offenheitlichkeit sich mit den Gegebenheiten des Hauses Jandorf befassen. Wie die Firma den Tarif einhalte, zeige schon der Umstand, daß sie Lohn erhöhungen ganz nach Belieben bewillige, wie sie ja überhaupt die Bestimmungen des Vertrages ganz einseitig zu ihren Gunsten auslege. Dem Einigungskomitee Jandorf geschickt ausgewiesen, da hätte ja die Offenheitlichkeit etwas aus den Jandorfschen Betrieben erfahren können und das verneide die Firma gerne. Häufig sei besonders das Gelehrte um die ausgesetzte Entlassung. Erst wollte sie die Firma zum 1. April und als sie damit keine Gegenrede fand, zum 1. Januar bewilligen, um sich endlich auf die zweite Woche des Dezember festlegen zu lassen. Aber am heiligen Abend oder nach Weihnachten erfolgten auch prompt die Entlassungen. Kein sei dies gerade nicht. Bekannt sei es ja aber auch, daß im Warenhaus niemand alt und grau wird. Er müsse erklären: mit der Firma Jandorf persönliche Verhandlungen zu pflegen, esse ihn schon geradezu an. Dieses Gelehrte, Schachern und das ganze Getriebe würde abstoßend. Bei den Entlassungen konnte die Leitung bestimmt Gründe nicht angeben; sie behauptete nur, die Betreffenden seien "ausfällig" gewesen. Nachdem nun die Versammlung angestündigt war, erklärte die Firma, daß es von dem Verlauf der Versammlung abhänge, ob sie noch einmal Verhandlungen betrifft. Wiedereinstellung der Entlassenen wiedergestellt werden. Ein Vorbedarf auf ihren Betrieb wolle die Firma hören, welter nichts. Wie die Firma den Tarif achtet, zeige sich schon darin, daß sie die Entlassung erst ein halbes Jahr später als vereinbart war, zahlte. Auch ignoriert sie den Arbeitsnachweis. Ebenso ist es mit dem Koalitionsrecht. Auf dem Austrittsschein steht jetzt gedruckt: Welchen Verband gehörten Sie an? Ferner heißt es: die Arbeitszeit wird den Bedürfnissen des Geschäftes angepaßt. Dabei ist die Arbeitszeit tariflich geregelt.

Die Verhältnisse bei Jandorf, so sagte ein früherer Angestellter der Firma, hätten sich in der letzten Zeit erheblich verändert, und zwar seit Jandorf dem Verbande der Warenhäuser angejohnt. Jandorf sei von den andern bloß vorgeschoben, die Aktion richte sich gegen den Handels- und Transportarbeiterverband, der sollte zerstört werden. Nach dem Boykott habe Jandorf mit allen Mitteln, durch billige Wochen, Rabatt und so weiter, die Sympathie der Arbeiter wieder zurückerobern gesucht. Von den 164 Entlassenen waren

aber nur wenige wieder eingestellt worden. Dann kam der gelbe Verein, den auch die "Inspektoren" angehörten. Diese übten natürlich einen sanften Druck auf das Personal aus, sich diesem Verein anzuschließen. Das ist kein Terrorismus. Ebenso auch nicht, wenn die Organisatoren herausfliegen. Die gelben Vereine in diesen Würden von der Firma gefördert und subventioniert. Das mußte Jandorf selbst geben. Am Stiftungsfest dieses Vereins war er nebst Gemahlin anwesend und spendete 300 Mark. Wer Mitglied wird, erhält Zulage.

Der "Confessionär" brachte darüber folgende Notiz: "Stiftungsfest des Vereins der gewerblichen Angestellten der Firma Jandorf u. Co. und Kaufhaus des Westens". Der Verein der gewerblichen Angestellten der Firma Jandorf u. Co. und Kaufhaus des Westens beging am vergangenen Sonnabend sein Stiftungsfest, das unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder und deren Familienangehörigen, sowie auch vieler laufmännischer Angestellten einen sehr harmonischen Verlauf nahm. Herr Adolf Jandorf mit Gemahlin nahmen ebenfalls an der Feierlichkeit teil und spendeten für die Kasse des Vereins, die neben geselligen Zwecken hauptsächlich gegenseitiger Unterstützung dient, eine erhebliche Summe."

Dafür ist Herr Jandorf denn auch entsprechend angehoben worden. Von alledem wisse das Publikum nichts.

Es sprachen dann noch eine große Anzahl Redner, darunter auch einige der Entlassenen, die alle an den Jandorfschen Zuständen schriftliche Kritik übten. Ein Redner, der fünf Jahre im Betriebe war und nach dem Boykott wieder eingestellt wurde, erhielt als Zulage später 50 Pf., die Schreiber aber 2 bis 3 Mark. Ein anderer hatte Sonntagswache. Obgleich trotz mehrmaliger Kontrolle alles vorchristlich verlossen war und die Abholung auch nichts geworden war, hielt es doch am nächsten Tage, es sei eingebrochen worden. Er und alle anderen wurden von Kriminalbeamten vernommen, unterdessen hatten diese aber in der Wohnung schon gehaussucht, natürlich zwecklos. Die Frauen müssen ihre Portefeuilles zeigen (I) und nach Spartenlassen (II) und nach Spartenlassen (III). Redner wurde dann zur Disposition gestellt und nach 14 Tagen entlassen. Es hieß: Er sei zu unrecht entlassen, er sei zu Unrecht entlassen und würde wieder eingestellt. Das geschah jedoch nicht.

Besonders an dem Vorgehen der Inspektoren, die sich durchweg vom Hausdienner oder Portier zu dieser Teilung "emporgearbeitet" haben, wurde von den Rednern schriftliche Kritik geübt. Sie würden erst wieder zu Einsichten kommen, wenn sie auf dem Pflester liegen und froh wären, wieder eine Hausdiennerstelle zu erhalten.

Vor Weihnachten wollte Jandorf tüchtige Backer haben und 25 Mark für sieben Tage von morgens bis abends 10 Uhr zahlen. Zeit, nach Ankündigung der Versammlung, sollen Überstunden bezahlt werden. Obwohl die Firma in seiner Weise den Tarif festhält, hat sie sich doch mit einem Circular an die Gewerkschaften gewendet, diese möchten doch ihre Einflüsse bei ihr besorgen. Von einigen Rednern wurde aber auch betont, daß das Personal bei Jandorf diese Zustände mit verschuldet hätte, indem dasselbe nach dem Boykott die Organisationszugehörigkeit nicht hochgehalten habe. Wäre bei Jandorf eine festgelegte Organisation, dann stände es heute anders. Nach einem kräftigen Appell des Referenten, sich zu organisieren, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

"Die am 26. Januar versammelten Hausdienner und so weiter aus den Warenhäusern nehmen Kenntnis von dem rigorosen Vorgehen der Firma Jandorf u. Co., den modern organisierten Berufskollegen gegenüber. Sie erklären, daß die in letzter Zeit vorgenommenen Entlassungen von Stoligen ohne Grund und zu Unrecht erfolgt sind. Die Versammelten nehmen weiter mit Erkenntnis davon, daß genannte Firma die tariflichen Vereinbarungen zu ihren Gunsten auslegt und die in ihrem Betriebe Beschäftigten dadurch materiell geschädigt hat. Die Versammlung erwartet, daß die zu Unrecht Entlassenen wieder eingestellt werden und beauftragt die Leitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken. Die Versammelten Vertragskollegen verpflichten sich, für energische Agitation unter den in Weihnachten kommenden und in den Betrieben Jandorfs in Betracht kommenden Kollegen Sorge zu tragen."

Die Firma wird im eigenen Interesse gut tun, den Inhalt dieser Resolution nicht ganz unbeachtet zu lassen, denn auch der Druck geht natürlich nur so lange zum Brünen, bis er bricht. Das Warenhaus Jandorf ist wie kein anderes auf die Arbeiterschaft angewiesen und seine Leitung muß berechnen können, was für die Firma auf die Dauer wertvoller ist, die Sympathie der Arbeiterschaft oder die tölpelhafte Ungehorsamkeit einiger ihrer Angestellten. Die Firma wird gegebene Versprechen halten müssen, will sie nicht selber Zug um Zug das Material zu ihrem geschäftlichen Nutzen liefern. Man soll dort nicht berennen, die Berliner Arbeiterschaft besitzt heute schon ein sehr feste ausgeprägtes Solidaritätsgefühl und es bedarf nicht erst einer besonderen Anforderung, um sie zum Handeln zu veranlassen. Wir wollen schenken, nicht mehr in die wenig angenehme Lage versetzt zu werden, uns mit einer Firma, die einen Tarifvertrag unterzeichnet hat, öffentlich auseinander setzen zu müssen. Falls das gleiche Bedürfnis auch bei der Firma Jandorf vorhanden sein sollte, dann werden sich wohl Mittel und Wege zur gegen-

seitigen Verständigung finden, immer vorausgesetzt, daß man für die Zukunft aufrichtig und energisch bemüht sein wird, getroffenen Abmachungen Nachdruck zu verschaffen.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden im 4. Quartal 1909.

Die im 2. und 3. Quartal 1909 zu beobachtende Besserung der Arbeitsverhältnisse hat auch im vierten angehalten. An der vom Reichsarbeitsamt veranstalteten periodischen Erhebung über die Arbeitslosigkeit waren diesmal 49 Verbände mit 1 387 141 Mitgliedern beteiligt. Von diesen waren am Schluß der 14. Quartalswoche (die letzte Erhebung fiel eigentlich auf den 25. Dezember, wurde aber mit Rücksicht auf das Weihnachtsfest auf den 1. Januar verschoben, so daß das 4. Quartal 14 Wochen hatte), 35 884 als arbeitslos am Ort und auf der Reise gemeldet, das sind 2,6 pCt. Am Schluß der 8. und 4. Quartalswoche waren die entsprechenden Ziffern 27 773 = 2,0 pCt. und 27 221 = 2,0 pCt. Der letzte Stichtag des dritten Vierteljahrs wies eine Arbeitslosenziffer von 2,1 pCt. auf. Dennoch ist an den ersten beiden Stichtagen des letzten Vierteljahrs trotz der ungünstigen Jahreszeit die Arbeitslosenziffer noch etwas zurückgegangen, während allerdings der letzte Stichtag eine Steigerung brachte, die aber hinter den beiden Vorjahren zurückblieb.

Seit Aufmachung der Erhebungen durch das Reichs-Arbeitsamt hat sich das Bild folgendermaßen gestaltet: Der Prozentsatz der Arbeitslosen betrug:

	Ende 1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909
Januar	—	—	—	1,7	2,9	4,2	
Februar	—	—	—	1,6	2,7	4,1	
März	—	2,0	1,6	1,1	1,3	2,5	3,5
April	—	—	—	1,8	2,8	2,9	
Mai	—	—	—	1,4	2,8	2,8	
Juni	3,2	2,1	1,5	1,2	1,4	2,9	2,8
Juli	—	—	—	0,8	1,4	2,7	2,8
August	—	—	—	0,7	1,4	2,7	2,8
September	2,8	1,8	1,4	1,0	1,4	2,7	2,1
Oktober	—	—	—	1,1	1,6	2,9	2,0
November	—	—	—	1,1	1,7	8,2	2,0
Dezember	2,6	2,4	1,8	1,6	2,7	4,4	2,8

Wie ersichtlich, ist die Arbeitslosenziffer des letzten Stichtages bereits unter die der Jahre 1908 und 1907 heruntergegangen. Die höchsten Arbeitslosensäfte am dritten Stichtage hatten die Verbände der Bergbau (16,5 pCt.), der Tapetierer (15,0 pCt.) und der Friseurgehilfen (15,0 pCt.). Eine enorme Steigerung zeigt die Arbeitslosenziffer des Friseurgehilfenverbands, der am 25. September erst 1,7 pCt. Arbeitslose hatte. Auch die graphischen Berufe haben ihre Arbeitslosenziffer im Laufe des Quartals von 0,1 auf 5,3 pCt. erhöht. Die günstigsten Verhältnisse finden wir nach wie vor im Bergbau. Der 120 280 Mitglieder zählende Bergarbeiterverband hatte am 1. Januar nur 0,1 pCt., der 2405 Mitglieder starke Hirsch-Dunklerche Verband gar nur 0,04 pCt. Arbeitslose zu verzeichnen. Unter 1 pCt. Arbeitslose hatten von größeren Verbänden ferner noch der der Gemeinde- und Staatsarbeiter (0,5), der Hirsch-Dunklerche Handlungsgehilfenverband (0,9) und der Hirsch-Dunklerche Metallarbeiterverband (0,9). Der freie Metallarbeiterverband hatte unter seinen 355 256 Mitgliedern am letzten Stichtage 2,4 pCt. Arbeitslose gegen 2,5 pCt. im vorhergehenden Quartale. Der 146 410 Mitglieder starke Holzarbeiter-Verband hat mit 2,3 pCt. Arbeitslosen eine kleine Steigerung gegen das letzte Vierteljahr (2,5) erfahren.

Die Prozentsatzerfassung der Fälle von Arbeitslosigkeit, d. h. die auf je 100 Mitglieder fallende Zahl von Fällen beträgt diesmal 8,4 gegen 11,2 im 4. Quartal des Vorjahres und 8,5 im 3. Quartal 1909. Die durchschnittliche Dauer des einzelnen Arbeitslosenfalls ist gleichfalls zurückgegangen von 18,7 Tagen im 3. Quartal auf 17,5 Tage. Insgesamt wurden 1 640 401 Arbeitslosentage am Orte und 144 846 auf der Reise, zusammen also 1 785 047 gezählt, gegen 1 993 310 im 3. und 2 117 320 im 2. Quartale.

Besondere Arbeitslosenzählungen hat im letzten Jahre der Verband der Männer veranstaltet. Diese ergaben am 27. November bei 155 214 befragten Mitgliedern 22,9 pCt. Arbeitslose gegen 7,3 pCt. am 25. September. Interessant sind nun die Ergebnisse einer Gliederung nach Ortsgrößenklassen. Diese zeigt, daß regelmäßig in den Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern die Arbeitslosigkeit am größten war, während die geringsten Arbeitslosenziffern in den Kleinstädten mit 5000–20 000 Einwohnern zu finden sind. Die Mittelstädte und ebenso die ganz kleinen Städte und Gemeinden mit unter 5000 Einwohnern haben mittlere Arbeitslosenziffern.

Angesichts der oben wiedergegebenen Entwicklungsschwäche und des außergewöhnlich milden Winters darf man wohl die Erwartung aussprechen, daß auch das laufende Vierteljahr eine weitere Besserung der Arbeitsverhältnisse bringen wird. Auch andere Anzeichen lassen erkennen, daß wir einer Hochkonjunkturperiode entgegengehen. Pflicht der Arbeiter ist es, diese auszunutzen, um ihre Organisationen zu stärken und dem Unternehmertum günstigere Arbeitsbedingungen abzuringen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Gewerblicher Niedergang und Arbeiterlöne. Was bisher nur Vermutung war, daß nämlich im Jahre 1908 das Lohnniveau der gewerblichen Arbeiter nicht gesunken sei, wird durch die nunmehr vorliegen-

den genauen Bohnnachweisungen der gewerblichen Berufsgenossenschaften bestätigt. So weit der einzelne Arbeiter einen Verdienstrückgang zu verzeichnen hatte, rührte er nicht aus einer Senkung der Lohnsätze, sondern aus der Abnahme der Arbeitsgelegenheit her, die namentlich im Hinblick auf das gesetzige Angebot am gewerblichen Arbeitsmarkt für das Jahr 1908 viel zu klein war. Sie war sogar absolut schon etwas geringer als im 1907. Die Zahl der geleisteten Arbeitstage beziffert sich nämlich nach den gewerblichen Berufsgenossenschaften für das Jahr 1906 auf 2253,82, für das Jahr 1907 auf 2360,83 und für das Jahr 1908 auf 2360,56 Millionen. Im Vergleich zu dem steigenden Angebot mußte schon eine geringe absolute Abnahme der Arbeitsgelegenheit den Arbeitsmarkt zuerst nachteilig beeinflussen. Jedoch falls aber ergab sich für den vollbeschäftigte Arbeiter im Jahre 1908 ein noch etwas höherer Jahresdurchschnittsverdienst als im Jahre 1907. Der Bollarbeiter verdiente nämlich im Jahre 1908 1073,59 Mt. gegen 1069,04. Das Plus ist zwar äußerst klein — es beträgt 4,55 — aber in Abbruch des gewerblichen Niederganges ist die Bewegung des Bohnniveaus als exzessiv zu bezeichnen, dies um so mehr, wenn man erwägt, daß gleichzeitig das Jahr 1908 eine Abschwächung der Warenpreise brachte, also die Steigerung des Nominallohnes durch die Bewegung der Warenpreise nicht illusorisch gemacht wurde. Die Bewegung des Durchschnittslohnes für einen gewerblichen Bollarbeiter war während der letzten Jahre in Mass-

Starke Belebung im Güterverkehr. Wenn überhaupt noch der leiseste Zweifel bestehen könnte, daß das Weihnachtsgeschäft diesmal wieder lebhafte war als voriges Jahr, so genügt ein Blick auf die Einnahmeziffern der Eisenbahnen aus dem Güterverkehr, um alle Zweifel darüber zu zerstreuen, daß das diesjährige Weihnachtsgeschäft das ganze Winterfest sehr kräftig befürchtet hat. An den Dezemberentnahmen der Eisenbahnen ist immer das Interessanteste, daß man den Grad der Belebung durch den Weihnachtswerkehr daran ablesen kann. Dieser Grad ist für eine Reihe von Jahren aus folgender Zusammenstellung zu erkennen. Die prozentuale Zunahme der Entnahmen aus dem Güterverkehr pro Kilometer stellte sich in jedem Dezember gegenüber den Vergleichsmonaten des jeweiligen Vorjahres, wie folgt:

1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909
+4,60	+5,63	+6,20	+5,75	+2,91	+2,10	-5,82	+10,72

Weder in den Krisen-, noch in den Erholungsjahren selbst in den Aufschwungsjahren war die Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher auch noch ein anderes wichtiges Moment: die Staatseisenbahnen haben im Jahre 1909 längst nicht so gut abgeschnitten, wie die Mehrzahl der größeren Privatbahnen. Eine Einnahmestiegerung aus dem Güterverkehr so stark wie im vergangenen Monat. Die Dezemberentnahme hat bewirkt, daß den Eisenbahnen zum zweiten Mal seit dem Niedergang ein Monat wieder eine höhere Einnahme als 1907 gebracht hat. Während im November noch ein Minus von 85 Mt. gegenüber November 1907 bestand, geht im Dezember die Kilometrentnahme um 108 Mt. über die vom selben Monat 1907 hinaus. Das ist ein so plötzlicher, kräftiger Umschlag, daß er besondere Beachtung verdient. Nun sich die ganze Jahresentwicklung der Eisenbahnentnahmen übersehen läßt, ergibt sich daher

Im Jahre 2000. Eine Unterhaltung im Salon.
Denken Sie, meine Liebe, ich war in der Rue de la Paix und Boulevard des Italiens, um einige Besorgungen zu machen!"

"Und was ist Ihnen in der Rue de la Paix begegnet?"

"Eine ungemein komische Geschichte alle Leute lieben siehen! Ich habe einen Wagen gesehen der von einem Pferde gezogen wurde! (Illustration, Gelächter.) Es war wunderlich und zugleich bejammernswert! Uebrigens ist die Polizei sofort dazwischengetreten, um dem Standal ein Ende zu machen... Der Mann widersprach mir erwiderte ihm, daß wir nicht im Karneval seien!"

"Kum und ich habe gestern bei einem Freunde, der Sammler Fahrzeuge ist, ein Automobil aus dem Anfang des Jahrhunderts gesehen. Zum Tollachen! Eine ungeheure blaiblauige Maschine mit Stäben, wie aus Eisenstöcken und wohl tausend Stilo Eisenwerk!"

"Vermüllich ließ man sie mittels einer Essenz fahren..."

"Ja, man hatte keine große Eile! Wenn ein Zug damals 80 Kilometer in der Stunde mache, würde er als „Schnellzug“ eingeschlägt..."

"Dort fährt man mit dem elektrischen Einwagen-Etzug zum Frühstück nach Marseille und lebt zum Diner nach Paris zurück!"

"Wenn nur die Mechaniker nicht wären!"

"O, das ist richtig, die Lufschiffer, — das ist die Seite des Gouzen!"

"Si, freilich, meine Liebe, dafür sind es aber auch Dingeneure!"

"Vergangenen Sonntag slog ich in der Nähe des Jura ein wenig spazieren. Vergleichbar darüber ließ mein Lufschiffer mir eine Parole zuschicken. Wir sind zwei Stunden lang auf einer Bergspitze, auf der eine Hundertstie herrschte, geblieben!"

"Wenn man bedenkt, wie unsere lieben Vorfahren sich über die damaligen Chausseure beklagten. Über diese guten, alten Diener, welche sich einer Familie oft fünf oder sechs Monate lang attischlossen!"

Eine Autostalle in Bochum. Enttäuschungen über die in der Landgemeinde Stockum in planmäßiger angelegte Automobilstalle, brachte eine Verhandlung, die vor der Strafkammer des Landgerichts Bochum stattfand. Die an der Eisenbahmlinie Löttringhausen-Langendreer liegende Stadtgemeinde Stockum hat etwa dreitausend Einwohner, und diese dreitausend Zeitgenossen mögen kein Automobil leiden. Stockum ist sehr staubig; wenn ein Töff-Töff bei trockenem Wetter den Ort durchfährt, bezeichneten dicke Wolken Stockumer Staubes seinen Weg. Vom Gemeinderat wurde nun eine Antikautomobil-Kommission eingesetzt, deren Aufgabe es sein sollte, alzu schnell dahineilende Autos zu notieren und ihre Führer der irischen Gerechtigkeit zu überliefern.

Die Kommission erfüllte vollaus die Erwartungen, die man auf sie gesetzt hatte. Innerhalb weniger Tage lagen 60 bis 70 Anzeigen vor. Da die Automobilisten anfangs die Strafmautrate bezahlten, stellte der Armtenschakel ein hübscher Bayen Geld ab. Um die Aufgaben der Kommission leichter bewältigen zu können, wurden Vorbrüche angeschafft, die von den Mitgliedern der Automobilkommission nur noch ausgenutzt zu werden brauchten. Diese Vorbrüche lauteten: Das Strafmautzeug führt am b. J. um . . . Uhr in der Richtung von nach . . . durch die Ortschaft mit einer riesenhafte Geschwindigkeit von 1000 Metern in der Minute." Zur Feststellung der in dem Formular vorgegebenen riesenhaften Geschwindigkeit hatte man zwei Grenzsteine in entsprechender Entfernung voneinander an der Landstraße aufgestellt. Hatte das Automobil den ersten Stein erreicht, so sah man flugs auf die Uhr und warte, bis der zweite Stein passiert war, um dann die Geschwindigkeit auszurechnen und den Vorbruch auszufüllen.

Um 21. September b. J. durchfuhr der Generalsekretär des Bochumer Gußstahlvereins, Kommerzienrat Dr. W. Baare, mit seinem Automobil, das er selbst steuerte, die Ortschaft Stockum. Er war von seinem Chauffeur auf die Autostalle aufmerksam gemacht worden und fuhr deshalb in langsamer Fahrt. Über diese Vorsicht spricht wenig. Er bekam doch sein Strafmautzeug auf Grund der vordruckten Zettelanzeige. Kommerzienrat Baare ließ es auf die Gerichtsentscheidung ankommen. In der Verhandlung vor der Bochumer Strafkammer wurde festgestellt, daß zwei Mitglieder der Antikautomobil-Kommission über ihre nebenamtliche Aufsichtsraitätsigkeit Tagelöhner geführt haben. Nach Ausweis dieser Tagelöhner sollten Automobile nach dem Wellensteinkontrollsysten 1000 Meter in 30 Sekunden zurückgelegt haben, macht auf die Sekunde $3\frac{1}{2}$ Meter oder auf die Stunde 120 Kilometer. Der jetzt als Zeuge vernommenen Werkmeister Banzer hat sich zur Kontrolle freilich keiner modernen Stoppuhr bedient; er war der plausiblolle Besucher einer ehrwürdigen Arbeiterklasse ohne Sekundenzeiger und verließ sich, indem er dieses schätzenswerte Instrument zu Rate zog, auf den Minutenzähler und auf sein Augenmaß.

Zur Charakterisierung des Stockumer Autostallbetriebes wurde von der Verteidigung des Kommerzienrats Baare erwähnt, daß am 21. September b. J. allein acht Automobilisten zur Bestrafung gebracht worden seien. In Anbericht der ganzen Sachlage beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung des angeklagten Kommerzienrats. Das Gericht trat diesem Antrage bei, indem es ausführte, daß die Wahrnehmungen des Belastungszeugen Banzer so unsicher wie nur möglich seien. Es kann keinen Zweif unterliegen, daß die Angaben des Zeugen übertrieben sind, bei die von ihm behaupteten Geschwindigkeiten mit der Wirklichkeit nicht in Einklang gebracht werden können.

Eluer, der um ein halbes Jahrtausend zu spät geboren ist. Die Breslauer Landtagsschüler können sich auf einen der von ihnen als Vertreter erkorenen was ganz besonderes einbilden. Solche Maritäten, wie dort eine gewählt worden ist, weist nämlich selbst der preußische Landtag, und das will doch was sagen, auch nur eine einzige auf. Gelegentlich des Berliner Straßenbahner- und auch des Omnibusangestellten-Streiks hat Herr Stroesser, so heißt das Breslauer Unitum aus dem Mittelalter, sich als Scharfschütze im Landtag produziert und die Regierung aufgesondert, das Schwert zu schärfen und reden zu lassen. Der gute Mann schägte damals auch die preußische Regierung ein, wie sich selbst, nämlich, daß es ihr zum geistigen Kampf nicht reicht. Jetzt bringt sich der mutige Held wieder in Erinnerung und zwar so, daß die ganze zivilisierte Welt in ein unendiges Gelehrte und Gespött über seine Ideen ausbrechen muß. Im preußischen Landtag hat er folgenden Antrag gestellt:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, die ihr unterstellt Polizeiorgane anzuseilen, dahn zu wirken, daß die für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen erlaubten gesetzlichen Bestimmungen und polizeilichen Vorschriften auch befolgt werden und auf besonders verkehrstreichen Straßen die Personbeförderung mit Kraftfahrzeugen auf die engsten Grenzen eingeschränkt oder, wenn nötig, ganz untersagt wird.“

Der Herr Abgeordnete Stroesser hätte, wenn schon, denn schon, doch lieber beantragen sollen: „Aller vermittelst maschinenkraft bewirkter Verkehr ist zu verbieten. Besonders sind statt der Kraftfahrzeuge, Ochsengepanne einzuführen!“ Jeder Mensch hat das Recht, sich so gut zu kleidern als er irgend kann, aber ein Abgeordneter sollte doch wenigstens mit Rücksicht auf seine Wähler in dieser Beziehung nicht des Guten abzuwenden. Denn vom Geistesreichthum des Abgeordneten schließt man selbstverständlich auch auf die Denkfähigkeit seiner Wähler.

Biersfahrer.

Die Tarifbewegung in den Berliner Weißbierbrauereien. In einer stattlichen Zahl versammelten sich die Kollegen aus den Weißbierbrauereien Groß-Berlins am Sonntag vormittag des 30. Jan., um den Bericht ihrer Lohnkommission zu hören. Die Kommission wurde eingesezt, als am 5. Dez. v. J. eine Versammlung der Weißbiersfahrer beschloß, den Tarif zum 1. April zu kündigen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen anzustreben. Von diesem Beschluss lebte die Kommission den Vorstand des Vereins der Weißbierbrauereien in Neukölln, der darauf durch seinen Vorsitzenden, Herrn Gabriele, erklärte, daß den Mitgliedern des Vereins empfohlen sei, die Tarife auf zwei Jahre zu verlängern, da man keine tariflose Zeit wünsche. Von Lohnzulagen wollte man nichts wissen. — Außer dem Verein der Weißbierbrauereien ist mit einigen Brauereien einzeln zu verhandeln; in Betracht kommen etwa 12 Betriebe mit 281 Arbeitern, die zum größten Teil organisiert sind.

Die Lohnkommission hatte nun einen Tarif ausgearbeitet und unterbreitete der Versammlung die darin vorgeschlagenen Verbesserungen zur Beratung, besonders in bezug auf Lohn und Arbeitszeit. Die Fassfahrer (für halbe Tonnen) sollten nach dem Entwurf 30 Ml. Wochenlohn und für jede umgesetzte halbe Tonne sowie für „Ersatzhalben“ 50 Pf. erhalten. Fassfahrer, die einen Mitsfahrer beschäftigen — bei einem Mindestmaß von 110 halben Tonnen — ein Mitsfahrer zu beanspruchen — erhalten einen Zuschuß von 19 Ml. pro Woche. Die Fahrradfahrer erhalten vom Fassfahrer einen Wochenlohn von 34 Ml. und werden bei Entlassung durch die Fahrer wegen Mangels an Arbeit in der Brauerei beschäftigt, soweit offene Stellen vorhanden sind.

Die Flaschenfahrer verlangen einen Lohn von 22,50 Ml. pro Woche und eine Provision von 20 Pf. auf je 3 Ml. des Umlages sowie für je 1000 zurückgebrachte leere Flaschen 1,50 Ml. Der Flaschenfahrer, der täglich 30 Kästen Bier verkauft, hat einen Mitsfahrer zu beanspruchen. Wüßt der Fahrer die Arbeit allein machen, so erhält er pro Tag 3 Ml. Vergütung, die aber wegfällt, sobald er es ablehnt, einen Mitsfahrer einzunehmen.

Die Flaschenfahrer erhalten einen Lohn von 30 Ml. pro Woche, außerdem für jeden vollen Kästen eine Provision von 2 Pf. Werden zum Mitsfahrerdienst innere Betriebsarbeiter herangezogen, so erhalten dieselben an solchen Tagen 1,50 Ml. Lohnzuschlag bezahlt.

Die Reservefahrer und Stallute erhalten 36 Ml. Wochenlohn. Wird Wohnung gegeben, so wird die selbe bei dem Lohnsatz berechnet.

Der wöchentliche Lohn für die im inneren Betriebe beschäftigten Arbeiter beträgt: a) für Biersieder 38 Ml., b) für Gärkeller, Subhaus- und Pumpkrautarbeiter 36 Ml., c) für Flaschenfellerarbeiter 30 Ml., d) für jugendliche Arbeiter im Alter von 16—18 Jahren 18 Ml., e) für jugendliche Arbeiter im Alter von 18—20 Jahren 23 Ml.

Die Arbeitszeit zu regeln, ist besonders notwendig geworden, sie soll für den Fahrer dauern bis zur Erledigung aller Arbeiten, die das Bierausschaffen bezieht für seine Kunden betrifft. Zur Leistung anderer Arbeiten, welche außerhalb der regulären Touren liegen, sind die Fahrer und Mitsfahrer nicht verpflichtet.

Für Reservefahrer und Stallute beträgt die tägliche Arbeitszeit 9 Stunden innerhalb 11 Stunden. Aufsicht, welche Prozente nicht beziehen, erhalten bei Touren, welche so liegen, daß der hiermit Beauftragte sich in der üblichen Mittagszeit zwischen 12

bis 2 Uhr in seiner Behausung nicht befestigen kann, 1 Ml. Wenn die Tour einen ganzen Tag dauert, 2 Ml. Speisengeld.

Die Arbeitszeit der inneren Betriebsarbeiter beträgt täglich 8½ Stunden innerhalb 10 Stunden. Uthes und Alisch erläuterten die einzelnen Bestimmungen und machten darauf aufmerksam, daß die Verbrauensleitung bereits Stellung dazu genommen haben und die Annahme des Entwurfs empfehlen.

Einige Anträge aus der Mitte der Versammlung wurden noch in den Tarif aufgenommen; so sollen den Fahrern die Lieferungen von Bier in größeren Aufträgen, die zu einer Tour gehören, nicht entzogen werden. Auch würde für die Privatfahrer ein fester Lohn von 22,50 Ml. nebst Provision von 25 Pf. pro Achtel verlangt. Die Provision für umgesetztes Bier an solche Kunden, die in Raten an die Brauerei bezahlen, soll jedem Fahrer wöchentlich mitberechnet und zur Auszahlung gebracht werden.

Unter den allgemeinen Bestimmungen im Tarif wird verlangt, daß die Fahrer nicht mehr verpflichtet sein sollen, Hässer, Wagen oder Geschirre zu reinigen, Pferde zu putzen oder beschlagen zu lassen, und daß an Sonn- und Feiertagen das Fahrpersonal nicht zu Arbeiten in der Brauerei herangezogen werden darf.

Im Bezug auf Leistung und Sicherheit heißt es: „Jeder Fahrer hat eine Kautio bis zur Höhe von 500 Ml. bei der Kasse der Brauerei in bar zu deponieren, eventuell werden pro Monat 20 Ml. von seinem Gehalt einbehalten, bis die Kautio erreicht ist. Die Kautio beträgt 5 v. Et. für volle 100 Ml. Für Außenstände der Kundshaft sind die Fahrer nicht haftbar.“

Viele Bestimmungen decken sich mit denen des Tarifs für die Lagerbierbrauereien, wenn auch manche Forderung sich in noch beschleunigten Grenzen hält, in Berücksichtigung der Geschäftslage der Weißbier gegenüber den Lagerbierbrauereien.

Die Versammlung beschloß einstimmig, daß dieser Entwurf den Weißbierbrauereien eingereicht werde.

Alisch erklärte noch, daß die Bewegung gemeinsam mit dem Kartell geführt werden soll und daß in der Kartellsvertretung auch die Forderungen der Handwerker noch berücksichtigt werden müssten.

Nachdem noch von verschiedenen Kollegen der Wunsch geäußert wurde, die zur Verfügung stehende Zeit zu reicher Agitation auszunehmen und fest zusammen zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Eigenes Verschulden des Geschädigten bei einem Eisenbahnunfall. Urteil des Reichsgerichts vom 6. Dezember 1909. Im Sommer 1906, frühmorgens um 4 Uhr, war ein mit zwei Pferden bespannter, schwer beladener Wagen in der Witten-Emdener Eisenbahn kreuzte, überfahren worden. Der dadurch entstandene Schaden wurde von der Brauerei gegen den Königl. Eisenbahndirektion zu Wünster verübt, eingeflagt. Das Landgericht zu Wünster verurteilte den Fiskus, dessen daraufhin bei dem Oberlandesgericht zu Hamm eingelagerte Beweisung zurückgewiesen wurde. Nunmehr legte dieer Itewilson beim obersten Gerichtshof ein, die von Erfolg begleitet war. Der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts führte in seinem Urteil folgendes aus:

„Gestritten werde im vorliegenden Falle lediglich über den Einwand des eigenen Betriebsvertrages der Brauerei, der sich durch die Königl. Eisenbahndirektion zu Wünster verübt, eingeflagt. Das Landgericht zu Wünster verurteilte den Fiskus, dessen daraufhin bei dem Oberlandesgericht zu Hamm eingelagerte Beweisung zurückgewiesen wurde. Nunmehr legte dieer Itewilson beim obersten Gerichtshof ein, die von Erfolg begleitet war. Der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts führte in seinem Urteil folgendes aus:

„Gestritten werde im vorliegenden Falle lediglich über den Einwand des eigenen Betriebsvertrages der Brauerei, der sich durch die Königl. Eisenbahndirektion zu Wünster verübt, eingeflagt. Das Landgericht zu Wünster verurteilte den Fiskus, dessen daraufhin bei dem Oberlandesgericht zu Hamm eingelagerte Beweisung zurückgewiesen wurde. Nunmehr legte dieer Itewilson beim obersten Gerichtshof ein, die von Erfolg begleitet war. Der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts führte in seinem Urteil folgendes aus:

„Gestritten werde im vorliegenden Falle lediglich über den Einwand des eigenen Betriebsvertrages der Brauerei, der sich durch die Königl. Eisenbahndirektion zu Wünster verübt, eingeflagt. Das Landgericht zu Wünster verurteilte den Fiskus, dessen daraufhin bei dem Oberlandesgericht zu Hamm eingelagerte Beweisung zurückgewiesen wurde. Nunmehr legte dieer Itewilson beim obersten Gerichtshof ein, die von Erfolg begleitet war. Der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts führte in seinem Urteil folgendes aus:

„Gestritten werde im vorliegenden Falle lediglich über den Einwand des eigenen Betriebsvertrages der Brauerei, der sich durch die Königl. Eisenbahndirektion zu Wünster verübt, eingeflagt. Das Landgericht zu Wünster verurteilte den Fiskus, dessen daraufhin bei dem Oberlandesgericht zu Hamm eingelagerte Beweisung zurückgewiesen wurde. Nunmehr legte dieer Itewilson beim obersten Gerichtshof ein, die von Erfolg begleitet war. Der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts führte in seinem Urteil folgendes aus:

die Chronik sagt, die hohe Leidenschaft des Gewinnes und Verlustes sei die gleiche Leidenschaft wie das Trinken. Halt man sich die Dinge vor Augen, so findet man, daß ein wesentlicher Unterschied von heut und damals besteht. Der Konsum spielt heute eine derartige Rolle, für die früher jede Möglichkeit fehlt. Im Jahre 1908 waren in Leipzig 1755 Gastwirtschaften zu verzeichnen, außerdem waren 451 Besuch eingegangen, von denen allerdings nur neun genehmigt wurden. Auf 303 Einwohner entfiel eine Gastwirtschaft. Die Gastwirtschaften von früher dienten dazu, Fremde zu beherbergen und ihnen Speise zu gewähren, für das Trinken sorgte der Rat der Stadt Leipzig und es muß gesagt werden, daß für nichts so viel gesorgt wurde, als für Bier. Im 15. und 16. Jahrhundert war die Herstellung des Bieres nur einzelnen Personen gestattet, die das Recht hatten, jährlich ein bis maximal Bier brauen zu dürfen. Diese Brauer oder Braugerechtigkeit wurde in späterer Zeit an hilfsbedürftige Personen vom Rat der Stadt erlassen. Beispielsweise erhielten Witwen, die viele Kinder zu ernähren hatten, das Recht der Braubefugtis. Andere Personen müssen eine Steuer entrichten und war Bedingung, daß niemand mehr Bier brauen durfte als er Steuern zahlte. Auch müssten dieselben als Bierbrauer gelten und in den Gebäuden wohnen. Troch dieser Engherzigkeit ist zu viel Bier gebraut worden, denn 1486 ließ der Rat, daß das Bauen groß und viel sei. Eine Regelung wurde dadurch herbeizuführen geacht, daß der Rat eine Brauordnung erließ. 1512 machten sich einige Städte auf den Weg, um die Häuser zu kontrollieren, wo Bier gebraut wurde, dadurch zeigte es sich, daß die Ansicht recht primitiv gewesen sein muß. Später wollte der Rat überhaupt keine Braubefugtigkeit mehr geben. In einer Bekanntmachung heißt es, daß viel Handwerksleut zu viel Bier gebraut hätten, wodurch der gemeinsame Mann verdorben wird. Das Brauen sollte selbst und nicht von knechten besorgt werden. Im Jahre 1504 bestanden in der Stadt Leipzig 12 Malz und drei Brauhäuser. Im Jahre 1563 wurden 15 Malz- und 16 Brauhäuser gezählt. Das Brauen war nur in den Wintermonaten September bis April gestattet. Sollte das Brauen beginnen, ließ der Rat erste feststellen, wie viel Vorrat in der Stadt war, war viel vorhanden, wurde das Brauen noch einige Zeit hinausgeschoben. Vor Beginn des Brauens wurden die Brauherren aus dem Stadthaus befreit und eidi. ch verpflichtet, nicht mehr zu bauen als was vorgezeichnet wird. Unter dem Schwur wurde festgelegt, daß sie mit dem Orte des Bürgers auf umgehen, nichts verderben lassen und nichts veruntreuen. Am Ende des 16. Jahrhunderts rechnete der Rat nicht nur mit Leipziger Bier, sondern von einer großen Anzahl Städte wurde Bier nach Leipzig geliefert, das im Burgkeller zum Auschank gelangte. Die Ansicht und Verwaltung lag in den Händen einiger Städte, wovon zwei auf Steinen gehen müssen, um auswärtige Biere zu probieren. Später schaut den Herren ihre Tätigkeit nicht mehr konzentriert zu haben, denn es wurde ein Bürgertum angelebt. Die Bürgertum oder Bierführer waren damals noch in militärischer Weise vertreten. Die Tätigkeit wurde als großer Vertrauenssache betrachtet, sie wurden an Eidesstelle verpflichtet, 1509 mussten sie schwören, daß an verkauftes Gut getrennt zu verwahren und keine Räuber auf den Wagen aufzutreten. Der Bierpreis betrug Anfang des 16. Jahrhunderts für sachliche Biere pro Zapf ein Schot und 20 Groschen, aber auch hier schaut der Preis nach der Nachfrage sich gerichtet zu haben, indem später 100 bis 120 Groschen für ein Fass Bier gezahlt wurde. Im Burgkeller kostete eine Flasche Bier 5 Pf., später 6 Pf. Dabei hatte der Rat der Stadt einen Steingewinn von 80 pf., wovon die Kosten bestritten wurden. Im Jahre 1537 betrug dieser Steingewinn 1900 Schot Groschen und stieg im Jahre 1558 auf 3700 Schot Groschen. Als später in den Vororten die Schänken entstanden, verpflichtete der Leipziger Rat die Bürger, außerhalb kein Bier zu trinken. In den Schänken scheint es nicht dazu gekommen zu haben, denn wiederholte darauf hingewiesen daß die Erinnerungen Städte des Friedens sein sollen — wenn der Beiger 8 schlägt, soll der Bürger seine Beute bezahlen und ruhig nach Hause gehen. Dieses Gelehrte muss aber sehr häufig übersehen worden sein, denn sonst hätte die Erinnerung nicht geläufig werden müssen. Um die Erinnerung zum besseren zu bereichern, hatte man ein sehr probates Mittel, indem dieselbe in einen holzernen Kasten gesperrt und auf den Marktplatz zu jedermanns Anzug geteilt wurde — ob heute die Kästige aufrufen würden — oder der Marktplatz — trotzdem soll die erhoffte Besserung nicht eingetreten sein. Dieses mögen die Gründe gewesen sein, welche den Rat veranlaßt, das Bierverbot zeitweilig ganz zu verbieten.

Nach den sehr interessanten Ausführungen, welche mit lebhaftem Interesse aufgenommen worden waren, ersetzte Kollege Neder den Bericht der Sektionsleitung, über ihre Tätigkeit im vergangenen Jahre. Trotz des bestehenden Gewissens hat die Sektionsleitung über Arbeitsmangel nicht zu klagen gehabt. In einer Anzahl von Betrieben entstanden Differenzen, die durch Eingreifen der Sektionsleitung zu Gunsten der Kollegenschaft ihre Griedigkeit landen. Besonders gedachte der Kollege das Vorgehen des Reichsagsknapablocks, welches dem Volke u. a. auch hundert Millionen neue Biersteuern aufgebrannt hat und insgesamt ca. 160 Betriebsmitglieder mit dem Strafenpraktiker Bekämpfung machen müssen. Mit den Künsten Canitz und Eckardt und Niclas u. Co. wurden Verträge vereinbart. In der Marktanstalt der Brauerei hat man es glücklich so weit gebracht, daß organisierte Transportarbeiter in diesem Betrieb fast nicht mehr beschäftigt werden. Aus diesem Grunde wird es Aufgabe der Organisationsleitung sein müssen, bei allen ihren Veranstaltungen darauf Bezug zu nehmen.

Die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises kam nicht zu Stande, insoweit dass wir uns an die einzelnen Unternehmer mit dem Erfuchen, bei Bedarf von Arbeitskräften unserer Arbeitsnachweis mit bemühen zu wollen. Diejenigen Verlangen haben die Firmen Niebel u. Co., Schulte, Sternburg und Waldschlösschen entsprochen, während F. A. Ulrich, Gebr. Ulrich in Stötteritz und Markranstädt troch gegebenen Verhandlungen bis dato unsern Arbeitsnachweis nicht benutzt haben. Bei einer Umfrage, welche von der Sektionsleitung veranstaltet wurde, stellte sich die Nichteinhal tung des vereinbarten Lohnarbeits in einer Reihe Betriebe heraus. Um alle entstandenen Differenzen auszugleichen und die Wünsche der Kollegenschaft zu erfüllen, machten sich 77 Betriebsverträge, 24 Versammlungen und Sitzungen der Sektionsleitung und der Vertragsvereine nötig. In 57 Fällen mißten persönliche Verhandlungen mit den Unternehmern geführt werden. Der Bericht wurde mit Beifriedigung entgegen genommen. Nachdem das Andenken der verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise gesiegt worden war, wurden in die Sektionsleitung die Kollegen Fischer, Fröhlich, Steude, Rallmann und Kraß gewählt. Mit einer Auflösung, auch in Zukunft am Ausbau der Organisation steigende mitzuverarbeiten, schloss der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Droschkenführer.

Ein "droßiger Hauf"! Wiederholte hatten wir schon Gelegenheit, uns mit den Verhältnissen im Betriebe des Fuhrherren H. Kornrumpf in Göttingen zu beschäftigen. Unsere Leser wissen daher, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betriebe gerade nicht die besten sind und daß andererseits das gezielte gewährleistete Koalitionsrecht von Herrn Kornrumpf nicht anerkannt wird. (Siehe "Courier", Jahrgang 1908, Nr. 4 und 9.) Obwohl nun die dort geschilderten Tatsachen ein unzweideutiges Bild von den im Betriebe des Herrn Kornrumpf herrschenden Verhältnissen geben, kann es dieser b—rillige Herr nicht unterlassen, sich hin und wieder bei der Organisation in Erinnerung zu bringen! Wie der Herr dies tut, davon soll im Nachstehenden eine kleine Probe geben werden!

Am 15. Januar d. J. sandte in Göttingen eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der bekannte Führer der Düsseldorfer Front aus den Reihen der "Frische", Erkelenz-Berlin, den Versuch mache, die Sozialdemokratie ist zu reden. In dieser Versammlung ergriff auch unser Kollege K. das Wort, um an verschiedenen Beispielen die zweifelhafte Haltung der Liberalen im wirtschaftlichen und politischen Kampfe zu kennzeichnen. Gelegentlich dieser Debatte kritisierte Redner auch das unbildarische Verhalten der Göttinger Akademiker anlässlich des Kampfes der dortigen Droschkenführer, um das Koalitionsrecht. Da nun in der Versammlung seit Redner den Versuch unternommen, diese Tatsache zu widerlegen resp. zu bestreiten, füllt sich Herr Kornrumpf in höchsterer Person dazu befreit und er versucht dies in folgender b—rilliger Art:

Herr Kornrumpf sandte unserm Kollegen Knömer folgendes Schreiben:

Herrn Kornrumpf, Göttingen, den 17. Jan. 1910.

Herrn
Gewerkschaftssekretär Knömer
zu Erfurt.

Mit Interesse vernahm ich heute, daß Sie am Sonntagnachmittag in der liberalen Vereinigung das Göttinger Publikum, insbesondere die Studentenschaft, an deren Überzeugung Sie appelliert haben, meinen Gedächtnis wegen des vorjährigen Streites zu melden und auf diese Weise mich zu schädigen. Mit derartigen Mätzchen, Herr Gewerkschaftssekretär, werden Sie bei dem Göttinger Publikum keinen Erfolg haben, und der bisherige Geschäftsgang meines Geschäfts läßt es freilicher Weise den Schluss zu, daß Gerade das Gegenteil der Fall ist. Ich kann ja nachfühlen, daß der Erfolg Ihrerseits ja für den Verband nicht ersteicht ist, aber eine frivole Arbeitsniedrigung wie diese, kann ja auch nicht genug gegeißelt werden kann. Eider habe Sie es schiefbar aber Vergessen, die Belegschaften, wie das durchdringend der Leitung z. p. dem Publikum zu unterbreiten, jedenfalls hätten dann die Liberalen Parteigänger zu denen auch ich mich zähle, einen Begriff von den Angehörigen einer Organisation bekommen, mit deren Anscheinungen ich zu kämpfen hatte. Mit Ihnen nur die Zeit leid, mit dem Wortschwall Ihrerseits Sie die Erwartungsvollen Zuhörer enttäuscht haben, jedenfalls halten Sie, daß Vergessen bei nächster Gelegenheit nach.

Achtungsvoll
Herrn Kornrumpf.

So der Brief des Herrn Fuhrwerksbestellers Herrn Kornrumpf aus Göttingen im Original! Sedenkals ist derselbe in einem sonderbaren Augenblick geschrieben worden, sonst könnte er neben seinem b—rilligen Ausdruck nicht so viel Fehler enthalten!! Jedoch zum Inhalt des Schreibens!

Also an das "liberale Gesetz" soll der Kollege K. appelliert haben! Nein, werter Herr Kornrumpf, unser Kollege K. hat eben in der Versammlung bestritten, daß die Liberalen überhaupt noch ein Gefühl für die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter haben! Er hat den anwesenden Akademikern und sonstigen "entschieden Liberalen" klipp und klar gesagt, daß ihr Gefühl es nicht zuläßt, ihren Worten auch die Taten folgen zu lassen und zum Beweise dafür hat unser Kollege den altheren Kampf der Droschkenfischer angeführt. So liegen die Dinge und daß

dieser Hieb gesessen hat, beweist, daß keiner der Anwesenden den Nutzen fand, diese Tatsache zu bestreiten!

Nun gefällt sich auch Herr Kornrumpf noch in der französischen Rolle eines "ehrlichen Liberalen" Eine "ehrliche Arbeitsniedrigung" nennt Herr Kornrumpf den damaligen Kampf unserer Kollegen! Nun, unsere Kollegen wissen, weshalb der Kampf war und wir könnten es uns verüben, des weiteren auf diese Behauptung einzugehen, aber wir wollen doch Herrn Kornrumpf einige Fragen zum Überlegen unterbreiten: Weiß denn dieser "liberale" Herr nicht mehr den Ausgang der Gewerbegegenseitigkeiten? Ist ihm nicht bekannt, daß dort seinerzeit festgestellt wurde, daß die Kutscher durch das Vorgehen des "Herrn Chefs" berichtigt waren, zu gehen? Kann sich "Herr Kornrumpf" mit der liberalen Parteiangehörigkeit nicht mehr entzünden, daß er trotz seines famosen "Neversee" die Kutscher auszahlen muß? Warum denn dies Alles? Nur weil der Streik ein schwerer war?

Also immer hübsch bei der Wahrheit bleiben, verehrter Herr, wenn es auch schwer fällt!!

Des Weiteren erwähnt Herr Kornrumpf, in droßiger Weise den bekannten Fall mit dem Berghausen der Bügel an zwei von Arbeitswilligen geführten Droschken. Auch hier begibt der "liberale" Fuhrwerksbesteller eine ehrliche Tatsche! Trotzdem nämlich dem Herrn die blamable Niederlage beim Ausgang des Prozesses gegen unsern Kollegen K. zur Kenntnis bekannt ist, versucht er doch in strupploser Weise einen bestimmten Verdacht auszufürein! Wir danken, Herr Kornrumpf hat von dem Steinfall, den er mit seinem Bestätigungszeugen, Versicherungsinspektor a. D. und nachherigen Streitbrecher — wollte sagen — arbeitswilligen Droschkenfischern K. gehabt hat, noch heute die Nase voll!!! Aber, wenn das Felli jetzt, dem muss es gerichten werden. Und so wollen wir auch hier der Gedächtnisschwäche ein wenig nachhelfen! Im "Courier", Jahrgang 1908, Nr. 27, haben wir bereits berichtet, welchen eigentümlichen Ausgang die Prozesse gegen unsern Kollegen und gegen den Arbeitswilligen K. gewonnen haben!!! Damals fand Herr Kornrumpf keine Worte, heute glaubt er jedoch, daß der Fall schon in Vergessenheit geraten ist und versucht, für sich aus der Blamage einen Rückenschlag zu winden! Nun, Herr Kornrumpf, unser Kollege K. wird sicher nicht versöhnen, bei der sich ihm bietenden nächsten Gelegenheit den Göttinger "entschieden Liberalen" von ihrem Wunsche trennen zu geben. Und sie dürfen versichert sein, daß dies in der ausgleichsamen Weise geschehen wird! Hoffentlich wird Kollege K. dann auch die Ehre haben, dem "Liberalen" Herrn Kornrumpf persönlich gegenüber treten zu können!

Für heute wollen wir es zunächst genug sein lassen! Herr Kornrumpf hat sich durch seinen droßigen Brief selbst wieder einmal ins rechte Licht gerückt und wir werden nicht versöhnen, dies so oft zu tun, als es Herr Kornrumpf wünscht — oder nicht wünscht! Den "entschieden Liberalen" von Göttingen, welche seit mit großen Worten von sich behaupten, daß sie das Koalitionsrecht der Arbeiter schützen, können wir aber zu der Möglichkeit des Herrn Kornrumpf nur beglückwünschen! Mit solchem Mitgliederbestand wird es auch in Zukunft selbst einem Professor nicht möglich sein, die Arbeiterfreundlichkeit des Liberalismus zu beweisen!

Fahrstuhlführer.

Was muss ein Fahrstuhlführer bei seiner Prüfung wissen. Die Polizei-Verordnung vom Jahre 1908 haben wir in den Nummern 32 und 36 des "Courier" den Kollegen bekanntgegeben. Diese schreibt vor, daß sich der Führer eines Aufzuges einer Prüfung zu unterziehen hat. Die Prüfung des Fahrstuhlführers sowie der Aufzüge selbst liegt in den Händen der Dampfkessel-Neuerwachungsvereine, dessen Mitglieder angewiesen sind, streng nach den ihnen gegebenen Vorschriften zu handeln, welches auch allzeit zu begründen ist.

Zu früher als die Prüfungen noch in den Händen der Bauräte lag, getilgte es, wenn der zu prüfende Fahrstuhlführer nur richtig fahren konnte, eventuell einigermaßen mit den Schutzvorrichtungen vertraut war, während derselbe heute genau von allen Einzelheiten des Fahrstuhls unterrichtet sein muß. Der § 32 dieser Verordnung besagt in seiner Ausführungsanweisung folgendes:

"Die Prüfung der Führer hat mit der größten Sorgfalt zu erfolgen. Führer, die mit der Einrichtung der Türverschlüsse und der Fangvorrichtung, insbesondere auch deren Einstellung und Lösung, nicht völlig vertraut sind, dürfen unter keinen Umständen das Befähigungszeugnis erhalten."

Man erlebt schon heraus, mit welchen Einrichtungen der Führer vertraut sein muß. Die hauptsächlich in Frage kommenden wären zunächst die Fangvorrichtung, die Türkontakte sowie Türverriegelungen, die Endausschüttungen, die Schlappeilaufzettelung. Weiter muss auch ein Führer wissen, wie er sich bei einer Betriebsstörung zu verhalten hat. Um nun die angeführten Sicherheitsvorrichtungen etwas näher zu beschreiben, wäre zunächst die Fangvorrichtung anzuschauen. Die Fangvorrichtung ist dazu da, den Fahrstuhl im Falle eines Seilsbruches oder eines anderen Tragorgans vor dem Absturz zu bewahren, und ihn in seiner Lage festzuhalten. Dieses kann geschehen, wenn ein oder beide Seile (Tragorgane) reißen, oder wenn ein Seil sich erheblich längt, oder wenn die zulässige Geschwindigkeit des Fahrstuhles überschritten wird. Zur Verbindung mit der Fangvorrichtung ist eine Einrichtung, welche die zulässige Geschwindigkeit des Fahrstuhls reguliert und die Einrichtung nimmt Regulator. Der Regulator ist in der Regel auf dem Rollengerüst montiert. Die Regulation wird durch Schwingtügeln bewerkstelligt. Der Regulator wird

durch ein Seil (Regulatorseil) welches den Schacht außerhalb des Fahrkorbes durchläuft, und über eine am Regulator befindliche Setscheibe gelegt ist, in Bewegung gesetzt. Würden nun die Trageorgane reißen, so würde die Abwärtsgewindigkeit des Fahrkorbes eine größere als ihm vorgeschrieben werden, das Regulatorseil, welches doch am Fahrkorb befestigt, würde infolgedessen die Schwungflügel des Regulators in eine schnellere Bewegung bringen, dieses hat die Spreizung der Schwungflügel zur Folge, und dadurch wird eine an ihm befindliche Stemmvorrichtung in Tätigkeit gesetzt, die das Regulatorseil einzieht. In demselben Moment ziehen sich auch die Fangseile heraus, kleunen sich zwischen Führungsschienen und Schuhlen fest und halten den Fahrkorb in seiner Lage fest. Dieselbe Funktion würde eintreten bei einer zu großen Geschwindigkeit des Fahrkorbes, infolge Überlastung oder dergleichen. Heißt nun ein Seil, so würde sich der Wagebalzen, um welchen die Trageorgane in entgegengesetzter Richtung um eine Rolle geschlagen sind, drehen, und diese Bewegung auf die Seile der Fangseile übertragen, bei weichen sich die vorher angegebene Wirkung ebenfalls vollzieht.

Eine weitere Sicherheitsvorrichtung, welche der Fahrstuhlführer ebenfalls genau kennen muss, wären die Türverschlüsse und Türkontakte.

Die Türverschlüsse oder Türverriegelungen sind im Fahrstach vor jeder Tür angebracht und werden vermittels Federdruck so über den Türschnepper gehalten, daß die Tür, bevor der Fahrkorb sich nicht vor der Ladetür befindet, sich nicht öffnen lässt. Am Fahrkorb befindet sich eine Gleitschiene, welche den Riegel bei jedesmaligem Halten vor der Ladetür zurückzieht.

Die Türkkontakte haben den Zweck, daß der Fahrkorb nicht eher in Bewegung gesetzt werden kann, bis die Fahrstuhltüren fest verschlossen sind. Die Türkkontakte stehen mit dem Steuerungsstrom so in Verbindung, daß der Strom bei offenstehender Tür unterbrochen, also die Steuerung stromlos ist, und infolgedessen kann auch der Stuhl nicht in Bewegung gesetzt werden. Erst bei festgeschlossener Tür ist der Stromkreis wieder geschlossen und ein Fahren möglich.

Bei hydraulischen Aufzügen wirkt eine mechanische Einrichtung derart, daß das Steuerseil bei offener Tür so lange in Mittelstellung verharrt, bis die Tür wieder geschlossen ist.

Die dritte Art der Sicherheitsvorrichtungen wäre die Endauslösung. Da gibt es verschiedene Anordnungen. Personenaufzüge müssen mit zwei von sich unabhängigen Auslösungen versehen sein. Bei elektrischen Aufzügen mit Hebelesteuerung ist im Fahrstach je unten und oben eine Gleitbahn angebracht, an welche der verlängerte Schalthebel anfährt und dadurch den Hebel in Mittelstellung bringt.

Eine weitere Art der Auslösung ist die Spindelauslösung oder Momentenschalter. Diese Art ist im Maschinenraum montiert, und zwar befindet sich auf einer von der Antriebsmaschine in Drehung versetzten Spindel eine lose sitzende Mutter, welche je nach der Auf- oder Abwärtsbewegung des Fahrkorbs nach links oder rechts gedreht wird. An dieser Spindel befindet sich ein kleiner Vorsprung, welcher, sobald der Fahrkorb über seine Höhe hinausgeht, mit der losen Mutter, an welcher sich ebenfalls ein Vorsprung befindet, zusammenkommt. Dieses wirkt gleichzeitig auf einen Stromunterbrecher, welcher in Funktion tritt und den Motor stromlos macht, wodurch der Fahrkorb zum Stehen kommt.

Fast genau wie im vorliegenden Falle verhält es sich bei der Schlüsselausrüstung. An der Seilwommelwelle im Maschinenraum ist ein Bügel angebracht, welcher auf den Stahlseilen ruht. Tritt nun die Fangvorrichtung in Tätigkeit, so würde der Motor ruhig weiter laufen. Die Seile würden sich abwickeln; also herunterhängen, schlaff werden, der Bügel würde seinen Halt verlieren und auch herunterfallen. Gleichzeitig reibt er aber die Stromleitung auseinander, der Motor wird stromlos und zum Stillstand gebracht.

Dieses wären die wichtigsten Dinge, welche von einem jeden Fahrstuhlführer bekannt werden müssen. Jedoch muß solcher auch Kenntnis von der Bedienung der Aufzugsanlage haben, die auch als eine Notwendigkeit zu betrachten ist, weil eine gute Pflege des Aufzugs ein großes Teil zur Betriebsicherheit beiträgt und deshalb wohl zu beachten ist.

Berlin. Wie schlecht und mangelhaft die Schuh- und Sicherheitsvorrichtungen an manchen Fahrstühlen noch beschaffen sind, zeigt folgendes:

Im Industrie-Palast, Große Frankfurter Straße, welcher vor drei bis vier Jahren erbaut worden ist, wo man doch eigentlich annehmen sollte, daß die Fahrstühle der Neuzeit entsprechend gebaut waren, steht es betreffs der Schuh- und Sicherheitsvorrichtungen sehr fragwürdig aus. Hier kann es vorkommen, wenn der Führer z. B. den Motor reinigt und den Fahrkorb leer nach oben schiebt, dieser irgend eine dort beschäftigte Person mit herunter bringt, oder aber, da ja der Fahrstuhlführer auch Hof und Treppen reinigen muß, sich jemand die Tür des Fahrstuhls öffnet und selbst fährt. Wie ist dies nun möglich? Die betreffenden Fahrstühle sind mit den sogenannten Basculschlössern versehen, welche frei und offen an der äußeren Türseite angebracht und meist so lose sind, daß, sobald man dieselben geschlossen hat, die Riegel vom selbst wieder herunterfallen. Außerdem sind noch Federn angebracht, welche die Tür zu halten suchen, aber hier gerade das Gegenteil bewirken. Die Federn bestehen aus einer vierzähligen Stahlstange, welche meist so lose sitzt, daß jedermann sie ausziehen kann. Angenommen, der Fahrkorb fährt hoch, eine Tür springt — im selben Moment, da sich der Abhängigkeitsverschluß öffnet — auf, und der Zufall will es, daß jemand den Stuhl braucht, und da die Tür geöffnet ist, müßte sich auch an der Stelle der Fahr-

korb befinden, er tritt in den Schacht und das Unglück ist geschehen.

Ein Kollege, der dort beschäftigt war, hat dem Hausmeister sowie dem Hausverwalter von diesen Missständen Mitteilung gemacht und auf Ablösung derselben gedrängt und was war das Resultat? Unser Kollege wurde unter einem nichtigen Vorwande entlassen.

Kollegen! Dieser Fall zeigt uns abermals, wie notwendig es ist, sich der Organisation anzuschließen. Nur dadurch, daß wir uns fest zusammenschließen, lassen sich derartige Missstände beseitigen. Pflicht eines Kollegen ist es, von allen Missständen der Branchenleitung Mitteilung zu machen. Die Branchenleitung wird dann schon geeignete Wege und Mittel finden, um solche Zustände aus der Welt zu schaffen.

Fensterputzer.

Dresden. Unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung fand am Mittwoch, den 12. Januar statt. Zunächst gab der Bevollmächtigte eine eingehende Erläuterung des neuen Verbandsstatuts. Die ausführlichen und leicht verständlichen Darlegungen des Redners wurden von den Anwesenden mit regem Interesse und voller Aufrichtigkeit verfolgt. Hierzu wurde der Bericht des Vertrauensmannes der Fensterreiniger über das abgelaufene Berichtsjahr entgegenommen. Aus dem Bericht war zu erkennen, daß auch diesesmal erfreulicher Weise ganz bedeutende Fortschritte in der Branche zu verzeichnen waren. Nach einer von uns veranstalteten Zahlung der fest beschäftigten Kollegen am Orte betrug die Zahl der selben 105. Von diesen waren am Jahresende 85 organisiert. Das sind 35 Kollegen mehr als am Schluß des vorigen Berichtsjahrs. Weiter haben stattgefunden 6 regelmäßige Mitgliederversammlungen, 10 Verbandsbesprechungen und eine Vergnügungsparty nach Malsendorf. 4 Tarifabschlüsse wurden mit 4 Instituten, ohne besondere Differenzen zu haben, eingegangen. In 2 von diesen Instituten beträgt der Lohn 27 Mk., in den anderen 2 ist der Lohn 24 Mk. mit Abzug. Das ist eine Aufbesserung von 3 bzw.

1 Mark pro Woche. Außerdem hat noch ein Anteil von 1 Mark zugelegt und zahlt jetzt 24 Mk. Andere haben eine Lohnaufbesserung in Aussicht gestellt. Überstunden und Extraarbeit wurden entsprechend erhöht und noch sonstige Vergünstigungen erreicht. Alles in allem können wir in Überblick der Verhältnisse mit dem Erreichten zufrieden sein. Kollege Möller ermahnte noch die Kollegen, treu zur Organisation zu halten und die Pflichten ihr gegenüber jederzeit zu erfüllen.

Bei der Wahl einer Sektionsleitung wurden die Kollegen Möller als Vorsitzender, Höhle als Schriftführer und Hottentott als Kassier gewählt. Die Gesellschafter hatte einen Bestand von 19,26 Mk. ergeben. Dabon erhielten die Wärmsüste 8 Mk. für den Generalstreit in Schweden 5 Mk. und für die Landtagswahl wurden 3 Mk. ausgegeben. Verblebt ein städtischer Bestand von 3,26 Mk.

Nachdem vom Kollegen Möller die neue Arbeitsordnung der Firma „Sagonia“ einer eingehenden Besprechung gewidmet worden war und auf den Sonntag, den 16. Januar stattfindenden Unterhaltungsabend der Fensterreiniger aufmerksam gemacht wurde, und die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Elberfeld-Barmen. Eine gut besuchte Versammlung der Fensterputzer von Elberfeld-Barmen tagte am Dienstag, den 25. Januar. Ein Kollege referierte über den „Unternehmer-Verband im Reinigungsgewerbe und dessen Stellungnahme gegenüber der Arbeitnehmer-Organisation“. Wenn je eine Unternehmergruppe den von ihnen beschäftigten Arbeitern das Konkurrenzrecht streift, so ist es die im Reinigungsgewerbe. Hierfür nehmen die Herren Meister, die in ihrer Mehrzahl aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, das Recht der Vereinigung im vollen Umfang in Anspruch, aber wenn die Bürger dasselbe tun, dann schimpfen sie über die berufssinnigen Herren, die die Bürger durch Terrorismus in den Transportarbeiter-Verband „prezzten“. Besonders sind es die Herren Meister von Rheinland und Westfalen, die gar nicht genug über den Terrorismus zeihen können.

Möller riefte nun das „Stelldeich“, welches sich die Herrschaften am 9. Januar in Kreisfeld gegeben haben und bei dem auch die hiesigen Unternehmer vertreten waren. Herr Sonnenberg aus Barmen, der kein Scharfmacher en miniature sein will und deshalb zum Stadt geladen ist, wird es sich nun doch gefallen lassen müssen, als „großer“ Scharfmacher vor dem Herrn genannt zu werden, denn auch er hat seinen Gegen zu den in Kreisfeld beschlossenen Scharfmachereien gegeben.

Mit dem Appell, die Organisation in der Weise wie bisher, weiter zu stärken, dann würden auch die Unternehmer mit ihrem neuen Unterdrückungsmittel ausgestattet, jchöß der Meister Sonnenburg (Barmen), Lach, Quag, sen. und Sprang (Elberfeld) auch in letzter Zeit bei der Einzelung von Bürgern die Bestimmungen des Tarifes, wonach sie verpflichtet sind, den Arbeitsnachweis des Transportarbeiter-Verbandes in Anspruch zu nehmen, nicht beachtet haben. Einem Kollegen, über den Lach wahre Behauptungen bei dessen Unternehmer erzählt hat, wurde von der Versammlung empfohlen, gegen Lach flagbar zu werden. Es wird Herrn Lach somit vor Gericht Gelegenheit gegeben werden, seine Behauptungen beweisen zu müssen.

Weiter wurde mitgeteilt, daß die beiden Putzer Küstlich und Böhle (Elberfeld) zu Neujahr in den Geschäften gratuliert haben, obwohl sie beide seit ein Vierteljahr nicht mehr in Arbeit waren. Beide haben fast die gesamten Kollegen geschädigt. Die Kollegen werden auf diese Nachkollegen, die sich nach answarts geben haben, aufmerksam gemacht.

Mit dem Erfuchen an die Versammler, sich durch feinerlei Druck von der Organisation abringen zu lassen, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Die Fensterputzer hielten am 29. Jan. eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Keder einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag: Preis- und Ausplicke, hielt. Hieran kritisierte der Sektionsleiter, Kollege Müller, in längeren Ausführungen die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, unter denen die Kollegen am Orte zu leiden haben, besonders im Betrieb des Reinigungsinstituts „Sagonia“. Auf die gezahlten Hungerlöhne wurde bereits hingewiesen. Dabei besteht noch ein Strafsystem in diesem Betrieb, wie es ärger nicht gedacht werden kann. Wer früh 5 Minuten zu spät kommt, hat 10 Pf., für je weitere 5 Minuten 10 Pf. zu zahlen, bei 15 Minuten muß ein Tag ausgezogen werden, bei Abzug des Tageslohns. Bleibt eine Leiter auf dem Hof stehen, sind 10 Pf. zu bezahlen. Wer abends unerledigte Aufträge mit zurückbringt, hat für jeden Fall 50 Pf. zu erheben. Es ist festgestellt worden, daß den Kollegen bis 1,60 Mk. wöchentlich an Strafe abgezogen wurden. Nach § 34b Abs. 4 der Gewerbeordnung muß in der Arbeitsordnung vorgesehen sein, zu welchem Zweck die Strafen verwandt werden. Das ist aber hier nicht der Fall. Verlangen die Kollegen eine Rechnung über diese Strafgelder, so erklärt ihnen der Inhaber: „Danach haben Sie nichts zu fragen, das geht Ihnen gar nichts an.“ An den Kollegen liegt es, wenn Kredenur in diesem Betrieb geschaffen werden soll, sich ihrer Organisation anzuschließen. Weitere Missstände in anderen Betrieben sollen später der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

Handelsarbeiter.

Berlin. Im Anschluß an den mit der Firma Ullstein u. Co. bestehenden Vertrag, wurde nachstehender Tarifvertrag zwischen der Kantinenkommission und den in der Kantine beschäftigten Hausdienern sowie dem Deutschen Transportarbeiter-Verband geschlossen:

1. Regelung der Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit beträgt 9½ Stunden exklusive 1½ Stunden Pause.

2. Regelung des Lohnes.

Der Anfangslohn beträgt pro Woche 28 Mk.; nach einhalbjähriger Tätigkeit 29 Mk., nach einjähriger Tätigkeit 30 Mk., nach einerhalbjähriger Tätigkeit 31 Mk. und nach zweijähriger Tätigkeit 32 Mk.

Die erste Zulage erfolgt am 1. Juli 1910.

3. Nebenstunden.

Überstunden, soweit solche notwendig, werden wie folgt bezahlt: Die ersten zwei Stunden werden mit 25 pCent., die nächsten zwei Stunden mit 33½ pCent. und die weiteren Stunden mit 50 pCent., Sonntagsarbeit mit 100 pCent. Aufschlag bezahlt.

4. Urlaub.

Urlaub soll nach Vereinbarung mit der Kantinenkommission gewährt werden.

5. Kündigung.

Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses beträgt beiderseits acht Tage.

6. Allgemeines.

1. Bei Bedarf von Arbeitskräften müssen die selben vom Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Alte Leipzigerstraße 1, Amt 1, Nr. 2632, bezogen werden.

2. Dieser Tarif hat Gültigkeit vom 1. Januar 1910 bis zum 31. Dezember 1911 und gilt auf ein weiteres Jahr, wenn er nicht vier Wochen vor Ablauf von einer Partei gefestigt wird.

Berlin, den 15. Januar 1910.

Für die Kantinenkommission:

Kunert, Vorsitzender.

Für die Hausdiener:

Schwarz.

Für den Deutschen Transportarbeiter-Verband:

Fritz Wappeler.

Auf Grund des vorstehenden Tarifs haben die Kollegen gegen den früheren Tarif, in welchem nur Löhne von 24 und 25 Mk. vorgesehen waren, eine Lohnaufbesserung von 3 und 4 Mk. erhalten, die sich im Laufe der Zeit und zwar auf Grund der neuen Lohnstaffel auf 8 Mk. pro Woche erhöht hat. Auch die Arbeitszeit und Überstunden sind einigermaßen günstig geregelt.

Hamburg I. Eine weitere Verbesserung in Punkto Lohn brachte nachstehender Tarif den Austrägern und Austrägerinnen bei der „Hamburger Hausfrau“. Ist auch nicht alles Gewünschte durchgesetzt, so ist der erneute Abschluß doch ein Beweis, daß die Geschäftsführung nicht, wie es im Jahre 1904 der Fall, durch die schärfste Waffe, den Streit, erst zur Einsicht gebracht werden möchte. Waren die Verhandlungen noch selbst vor zwei Jahren ziemlich langwierige, so ist auch hierin eine Besserung zu verzeichnen, indem die Herren, wenn auch schweren Herzens, das Nachstehende bewilligten.

Man sieht also hieraus, daß auch die Zeitschriftenverlage mit der Organisation rechnen, was schließlich bei den Hamburger Kolporteurern, Journalisten etc. nicht der Fall, wenigstens nicht so, wie es sein müßte.

Vereinbarung

zwischen der Firma "Deutsches Druck- und Verlags- haus" und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Hamburg 1, betr. der Lohn- und Arbeitsbedingungen der selbst beschäftigten Boten.

1. Für jedes abgesetzte Heft wird 2 Pf. für jeden abgesetzten Schnittmusterboden $\frac{1}{2}$ Pf. bezahlt. Die Lohnzahlung erfolgt Sonnabends, falls der Sonntag ein Feiertag ist, erfolgt die Auszahlung Freitags.

2. Mit Ausnahme der inneren Stadt und St. Georg erhält jeder Bote ab Geschäftsstelle eine Fahrgeldvergütung von 10—15 Pf. pro Tour, je nach dem Tarif der Straßenbahn. Für weitläufige Touren wird Fahrgeld für Hin- und Rückfahrt (einschließlich Wilhelmsburg und Braunschweig) vergütet.

3. Für Ausstände hatet der Verlag nicht.

4. Liegt einer Nummer ein Inserat-Prospekt bei, so wird hierfür pro 1000 Stück 1 Mt. vergütet. — Eigene Prospekte des Verlages unterliegen nicht dieser Bestimmung.

5. Bei verspäteter Ausgabe des Materials wird für jede angefangene 10 Minuten 10 Pf. pro Bote, für jede volle Stunde 50 Pf. (beginnend ab $\frac{1}{2}$ Uhr) gezahlt.

6. Die Einteilung der Botentouren regelt der Verlag.

7. Beschäftigung von Kindern findet nicht statt.

8. Der 1. Mai wird auf Wunsch freigegeben.

9. Kündigung findet nicht statt.

10. Sede plötzliche Verhindern hat der Bote den betreffenden Tag bis vormittags 9 Uhr zu melden; Ausnahmen sind gestattet. Bei erster Erkrankung ist der Verlag mit Stellung eines Ersatzboten einverstanden und kann der Bote nach seiner Genesung seine alte Tour wiedererhalten.

11. Der Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes wird nach Möglichkeit berücksichtigt.

12. Bei Veränderung der Abonnementsbedingungen ist der Verlag bemüht, Anstalten zu treffen, daß der Verdienst der Boten aufzufallende Schwankungen nach unten nicht erleidet. Alle aus dieser Vereinbarung entstehenden Differenzen werden zwischen den Vertragschließenden geregelt.

13. Diese Vereinbarung gilt auf die Dauer vom 1. Februar 1910 bis zum 31. Januar 1912. Findet drei Monate vor Ablauf eine Kündigung von seiner Seite statt, so bleibt dieselbe immer für ein weiteres Jahr in Kraft.

Hamburg, den 1. Februar 1910.

Für die Firma:

Deutsches Druck- und Verlagshaus, G. m. b. H., Zweigniederlassung Hamburg.

gez.: i. B.: Reschke.

Für den Verband:

Wlh. Gaal.

Hamburg. Nachstehender Tarifvertrag sowie Arbeitsordnung wurde nach ziemlich langwierigen Verhandlungen mit der Firma Gebr. Paepcke, Petroleumhandlung, abgeschlossen. Der selbe dürfte ebenfalls den am Orte ansässigen Firmen zu empfehlen sein; denn gerade bei den Petroleumforschern ist das Geschäft durch niedrigeren Umsatz im allgemeinen zurückgegangen. Auf der anderen Seite muß jedoch zugegeben werden, daß gerade dieser Artikel den Herren Arbeitgebern ganz ansehnliche Profite bringt. Es wären sonst nicht Firmen in der Lage, dauernd unter Preis ihre Ware abzugeben, was diese sich jedoch zum Teil aus den niedrigen Löhnern der Rütscher wieder erobern.

Tarifvertrag

zwischen der Firma Gebr. Paepcke, Hamburg 22, und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Verwaltung Hamburg I betr. der Rütscher (Expedienten).

1. **L o n g .**

Die Firma Gebr. Paepcke zahlt den Expedienten in der Stadt wöchentlich einen Grundlohn von 22 Mt. Der Garantielohn beträgt 32 Mt.

Der Landexpedienten zahlt die Firma wöchentlich einen Grundlohn von 23 Mt. Der Garantielohn beträgt 30 Mt.

Für jede Nacht, welche die Landexpedienten ausbleiben, werden außerdem 3,50 Mt. vergütet. Beider Entlohnung macht der neunte Wagen eine Ausnahme, solange derselbe vom Expedienten Delers gefahren wird.

2. **P r o v i s i o n .**

Die Stadtexpedienten erhalten für jede zurückgebrachte leere 5 Pfund-Kanne $\frac{1}{2}$ Pf. und für jede leere Seifendose 5 Pf.

Die Landexpedienten erhalten für jede zurückgebrachte leere 5 Pfund-Kanne 2 Pf. und für jede leere Seifendose 5 Pf. Kannen über 5 Pfund werden zu 5 Pfundkannen umgerechnet.

Für jede zurückgebrachte leere Seifentonne wird bei $\frac{1}{2}$ 50 Pf. bei $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{8}$ je 25 Pf. vergütet.

Für Backmehl wird, falls der Expedient die Ware selbst verlast, 50 Pf. pro 75 Kilogramm, wenn der Expedient die Ware nur an die Rütschaft abliefert, 25 Pf. pro 75 Kilogramm vergütet.

Für jeden neuen Kunden in der Stadt, welcher nachweislich zweimal genommen hat, wird 30 Pf. gezahlt. Jeder neue Kunde ist im Kontor zu melden, wann derselbe zum ersten Male und wann zum zweiten Male bedient, erst dann erfolgt die Vergütung.

3. **A l l g e m e i n e s .**

Die Firma erklärt sich bereit, falls während der Vertragsdauer eine abnormalen Versteuerung der Lebensmittel durch Polizei eintritt, eine Erhöhung der Gesamtlöhne der Rütscher vorzunehmen. Für die hier nicht angeführten Kategorien gelten die jeweilig vereinbarten Röhne und christlichen Bedingungen.

Wohlkommende Differenzen sind zunächst zwischen der Firma und zwei Rütschern (einem Stadt und einem

Landstrich) zu erledigen. Erfolgt hier keine Einigung, so entscheidet die Organisation unter Hinzuziehung eines von der Firma zu bestimmenden Unparteiischen.

Diese Vereinbarung tritt mit dem 1. Februar 1910 in Kraft und hat bis zum 31. Januar 1912 Gültigkeit. Findet einen Monat vor Ablauf dieser Frist von keiner Seite eine Kündigung statt, so bleibt die Vereinbarung stets ein weiteres Jahr in Kraft.

Gelesen und genehmigt:

Für die Firma:

gez.: Gebr. Paepcke.

Für den Verband:

Wlh. Gaal.

Nun gilt es für die Kollegen treu zur Organisation zu halten.

Hamburg. Sektion der Hausdiener, Lagerarbeiter und Kontorboten. Der Sektionsleiter gab den Jahresbericht. Da Kollege Bauk erst am 18. Juni 1909 die Sektionsleitung übernommen hat, so kann er auch nur von diesem Zeitpunkt ab den Bericht geben. Versammlungen haben stattgefunden: 31. Betriebsversammlungen, 2 Vertrauensmännerversammlungen, 2 Sektionsleiterversammlungen, 2 Sektionsversammlungen, 2 öffentliche Polzplaziarbeiter-Versammlungen, eine öffentliche Hausdienerversammlung, 3 Funktionssitzungen, 6 erweiterte Ortsverwaltungssitzungen. In den Versammlungen sind 43 Anträge gemacht worden, was in Anbetracht der wirtschaftlichen Krise keine Kleinigkeit ist. Von den Einkassierern der Firma Singer u. Co. sind jetzt von circa 30 Beschäftigten 17 organisiert. Diese Einkassierer bestehen noch einen großen Hochmussbüro und sind insgesamt noch einige davon strikte Gegner der Organisation, trotzdem sie nur 12 Mt. Speisen und 3 Pf. Infasso erhalten, was einem Bruttolohn von circa 18 bis 20 Mt. gleichkommt. In der Zukunft muß jeder Einkassierer, bevor man ein Geleicht abgleicht, erst nach seiner Organisationszugehörigkeit gefragt werden. Ferner haben wir schwache Agitation bei den auf Holzplätzen beschäftigten Arbeitern getrieben. Die bei dieser Agitation entstandenen Grenztreitigkeiten mit dem Fabrikarbeiter-Verband sind im Einverständnis mit der Ortsverwaltung zurückgestellt, bis die Generalskommision darüber entschieden hat. Bei verschiedenen Warenhäusern haben wir guten Erfolg zu verzeichnen. Eine Firma hat sich bereit erklärt, die Überstunden nach 9 Uhr zu begehen. Auch bei den Messinger-Bots haben wir versucht, Preise zu schlagen, jedoch vergebens. Dort befinden sich sehr schlechte Zustände. Der Bogen ist 12 Mt. und 3 Pf. von jedem Kunden bei einer Arbeitszeit von morgens 8 Uhr bis abends 10 Uhr. Trotzdem erscheint in zwei anberaumten Sitzungen keiner von den Arbeitern. Zum Schluß erfuhr der Sektionsleiter die Kollegen, die neue Sektionsleitung recht rege zu unterstützen, damit ein immer besserer Bericht gegeben werden kann. In der Diskussion nimmt zunächst Thormann das Wort und führt etwa folgendes aus: Die Sektion 4 hat sich weiter gut entwickelt und ist es an der Zeit, bei den Warenhäusern für die Kollegen etwas heranzuholen. Bei der Firma Singer hat es sehr viel Mühe und Arbeit kostet, da die Kollegen Einkassierer als "Proletarier im Gehirn", noch sehr entgegenstehen. Unser Arbeitsnachweis in der Katharinenstraße, der jetzt sehr gut funktioniert, immer höher zu bringen, sei unsere wichtigste Aufgabe. Wolters gab einen kurzen Bericht der Arbeitsnachweiskommission, da die Kommission sich jetzt konstituiert hat. Es wurden Pieper, Schent und Sünnichen zu deren Leitung berufen. Bei den Neuwahlen werden folgende Kollegen gewählt: Bauk, erster Sektionsleiter, Jahrmarkt, zweiter Sektionsleiter, Samuel, Schriftführer. Als Urkontrolleure wurden Wellendorfs, Läß und Harmstorf gewählt. Gaal erfuhr sodann die Kollegen, die Sektionsleitung tatkräftig zu unterstützen und die Generalskommision am 8. Februar jährlisch zu besuchen. Wollt erfuhr die Kollegen, eine recht rege Agitation unter den Hausdienern zu entfachen, damit diese endlich einmal daran denken können, ihre Lage zu verbessern; auch müssen wir versuchen, die Kolleginnen besser zu organisieren. Thormann fügt aus, daß wir uns mit der Lohnbewegung der Hausdiener beschäftigen müssen. Im Rheinland haben die Arbeiter mit den Warenhäusern Tarife abgeschlossen, warum sollte das nicht auch hier möglich sein? Wenn die Arbeitgeber nicht freiwillig etwas bewilligen, so müssen wir eben an die Vereinlichkeit gehen. In Berlin sei durch die Solidarität der Arbeiterschaft ebenfalls ein Tarif abgeschlossen worden. Wolters warnt vor einer allgemeinen Lohnbewegung. Wollt erwidert denselben, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, um vorzugehen. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Transportarbeiter.

Berlin. Am Sonntag, den 28. Januar fand eine Versammlung der Rollenwischer und Speditionsarbeiter statt, in der Kollege Büschel den Bericht über die Tätigkeit der Branchenleitung 1909 gab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachten die Anwesenden der ihrzeitig verstorbene Kollegen Gentileben und Bloch in üblicher Weise. Über die Tätigkeit der Branchenleitung wurde berichtet, daß 9 Betriebsbesprechungen, 9 Sitzungen der Vertrauensleute, 10 Sitzungen der Branchenleitung und 3 große Versammlungen abgehalten wurden. Es kamen in verschiedenen Betrieben Differenzen vor, welche durch die in den Betrieben bestehenden Kommissionen und unter Beisein von Verbandsvertretern geregelt wurden. In der Diskussion wandten sich verschiedene Redner gegen einzelne Kollegen, welche den Wert der Organisation noch nicht begriffen haben. Pflicht eines jeden ist es, alle unserer Organisation noch fernstehenden Kollegen heranzuziehen, damit in den Speditionsbetrieben ge-

regelte Verhältnisse erzielt werden. Es wurden dann für die Branchenleitung vorgelegten und einstimmig gewählt folgende Kollegen: 1. Branchenleiter Fr. Büschel, 2. F. Werner, Schriftführer Oskar, Beisitzer A. Schulz, H. Brunz, O. Herms, H. Preuß, W. Otto, H. Lust, G. Lichner. Unter Beschiedenes kam es zu einer regen Diskussion, als auf die Vorschläge des Hauptvorstandes betreffs Schaffung eines eigenen Heims hingewiesen wurde. Nachdem einige Redner die Vorschläge des Hauptvorstandes gut geheißen und empfohlen hatten, den Beschuß der letzten Generalversammlung, auf Zahlung eines Extrabeitrages von 2 Mt. pro 1910 nachzukommen, wurde die Versammlung geschlossen.

Verbotenes Weitschenkallen. Der Rütscher Schneider hatte auf einer Bergang steigenden Straße seine Pferde durch Weitschenkallen anzureiben gesucht. Er wurde deshalb wegen Übertretung der Polizeiverordnung vom 12. März 1905 angestellt, welche es für Rütsche verbietet, auf den öffentlichen Straßen innerhalb der geschlossenen Ortschaft mit der Weitsche zu laufen. Das Landgericht Bremen sprach ihn frei. Das Kammergericht hob jedoch das Urteil auf und verurteilte Sch. zu einer Geldstrafe von einer Mark. Die Bestimmung der Polizeiverordnung sei gültig. Rütsche könnten sie allerdings nicht führen. Sie sei aber gültig, weil sie bezwecke, die Ordnung und Sicherheit des Verkehrs aufrecht zu erhalten. Das Weitschenkallen wirke leicht auch auf andere Pferde ein, als auf die, denen es gelte, und töne leicht jede Pferde schrecken machen, so daß eine Verkehrsstörung eintreten könnte.

Eine denkwürdige Jubiläumsfeier. Den Arbeitern der "Syndikatsfreien Kohlenvereinigung" in Mannheim wurde im Laufe der letzten Zeit große Freude verliehen. Am Samstag, den 8. Januar, feierte die Firma das 40jährige Geschäftsjubiläum ihres Chefs. Das Kontorpersonal fuhr zum Festschmaus nach Mannheim. Als die Arbeiter am Nachmittag die zweite Hälfte ihres Tageverles absolvieren wollten, sandten sie das Tor verschlossen. Sie durften also die Feier durch einen halben Tag Arbeitsruhe begehen. "Auch gut" dachten die Leute und wanderten vergnügt nach Hause. Zum Überfluss erhielten sie am Dienstag einen verschlossenen Brief mit 3 Mt. harem Geld und einem Schein, gültig für 5 Zentner Kohlen. Die Freude darüber war allgemein, aufrichtig und groß. Sie sollte aber nicht ewig dauern. Denn als am Freitag, den 14. Januar, die Löhne erfolgte, wurden sie zu ihrem Schrecken gewahr, daß das Geld für den halben Tag fehlte. Wie man sie vorher über den Feiertag im Nullaten gelassen hatte, so auch bei der Löhne: das Geld fehlte einfach. Die Arbeiter reklamierten den Fehlbezug und wurden auch dafür belohnt. Am Samstag beim Frühstück wurden sie nämlich durch Überreichung kleiner frischer Blätterchen: "Die Sonntagspredigt" hoch beglückt. Die Blätterchen sandten an gewissen Orten zweckentsprechende Verwendung und die Arbeiter bedankten sich hiermit bestens für die freudige Überraschung. Der Lohn für den halben Feiertag wäre ihnen freilich lieber gewesen.

Weihwasser. Eine interessante Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufskollegen am Dreieck wurde von unseren tüchtigen Kollegen aufgenommen. Dieselbe beweist, daß hier der Organisation zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter noch ein großes Feld offen steht. Dies sollte alle Kollegen anspornen, sich einsinnig ihrer Berufsorganisation anzuschließen, damit die großen Unebenheiten, die folgende Statistik zeigt, ausgeglichen werden.

An Lohn zahlt und Arbeitszeit betrug bei der Firma:

	Lohn pro Woche	Arbeitszeit pro Woche
Opalquarz-Werke	19,50	60
Haselbach, Bierneleiderlage	27,—	68
Grube Adelhöhe	19,50	60
Heumann	22,—	70
Merlers Brauerei	17,—	72
Schulz & Elske	18,—	60
Gemüsepuhl Institut	18,—	60
Genossenschafts-Brauerei	25,50	75
Dahms	19,—	70
Scholtka	19,—	72
Schmidt	18,—	75
Leuckfeld	17,—	96
Krenzel & Selgenhauer	18,—	85
Carl Boden	18,—	85
Redwig	20,—	65
Meinte, Glashandlung	18,—	70
Magel, Selterwasserfabrik	16,50	60
Obrilicher Ullene-Brauerei	22,—	75
Kottbusser Bierneleiderlage	15,—	80
Plundra, Glashütte	18,—	70
Ronsum-Verein	20,50	66
" "	21,50	66
" "	23,70	70

Es beträgt demnach der Durchschnittslohn pro Woche 19,57 Mt., und die Durchschnittsarbeitszeit pro Woche 69,20 Stunden, oder die Stunde wird mit 28,2 Pf. entschädigt.

Das mit einem derartigen Verdienst ein Familienvater nicht in der Lage ist, leben zu können, ist wohl selbstverständlich. Die Lebensmittel- und Verbrauchsgegenstände sind erheblich verteuert, aber die Löhne unserer Berufskollegen sind die alten geblieben. Darum heißt es nachholen, was bisher versäumt worden ist. Die Angestellten des Konsumvereins, sowie die Kollegen in der Brauerei Haselbach haben erfahren, wie nützlich eine Berufsorganisation ist, denn in diesen Betrieben hat die Organisation durch Tarifabschlüsse

es dahin gebracht, daß diese Betriebe hier am Orte die höchsten Löhne und die niedrigste Arbeitszeit haben. Mögen unsere Berufsschulen diese Ausstellung als einen Ansporn dahingehend betrachten, daß sie mehr als wie bis dato für den Ausbau der Organisation Sorge tragen, damit höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben eingeführt werden. Dieses kann nur vermittelst einer starken Organisation geschehen.

Gesentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Kathenow. Am Sonntag, den 23. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Nachdem das Protokoll verlesen, erstattete Kollege Albrecht den Geschäftsbereich. Es wurden 3 öffentliche und 18 Mitgliederversammlungen, 25 Sitzungen abgehalten. An 3 Lohnbewegungen waren wir beteiligt. Die Korrespondenz war eine ziemlich große.

Die Einnahme im 4. Quartal betrug:

Bestand vom 3. Quartal	124,21 M.
Aufnahmegebühr à 1 M.	14,— "
à 50 Pf.	10,50 "
Wochenbeiträge à 40 Pf.	668,80 "
à 20 "	35,80 "
Gesamt	853,81 M.

Ausgabe:

Für Extraunterstützung	10,— M.
" Reiseunterstützung	11,— "
" Streikunterstützung	19,— "
" Persönliches	86,14 "
" Sächliches	6,80 "
" Versammlungen	9,90 "
" Kartellbeiträge	39,30 "
" Porto	4,15 "
An die Hauptkasse	582,45 "
Kassenbestand	84,57 "
Gesamt	853,81 M.

An Unterstützung wurden insgesamt für das Jahr 1909 1689,90 M. bezahlt.

Der Mitgliederbestand am Schlusse des 4. Quart. 1908 war 108, am Schlusse des 4. Quart. 1909 146, verbleibt ein plus von 38 Mitgliedern.

Nachdem die Revisoren erklärt hatten, daß die Kasse in bester Ordnung gefunden sei und der Kollege Schäfer den Bericht der letzten Kartellistung gegeben, wurde dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt.

Betreffend falscher Gerüchte über unseren Kollegen Albrecht wurde festgestellt, daß diese Erzählungen jeglicher Grundlage entbehren und sollen die Verbreiter zu einer Vorstandssitzung geladen werden.

Die Neuwahl ergab: Wihl. Schäfer, 1. Bevollmächtigter, Fr. Heder, 2. Bevollmächtigter, R. Albrecht, Kassierer und Massow, Schriftführer.

Nach einer Erläuterung des Gauleiters betreffend Schaffung eines eigenen Heims, wurde beschlossen, daß jedes Mitglied pro Kopf und Quartal 50 Pf. zum Baufonds zu zahlen habe.

Nachdem noch einige kleine Geschäftsfragen erledigt waren, schloß die Versammlung.

Reichenbach. Unsere Generalversammlung fand am 23. Januar statt. Den Vorstandsbereich gab der Bevollmächtigte. Daraus ist zu entnehmen, daß in diesem Jahre 10 Versammlungen, 10 Vorstandssitzungen und 2 Betriebsbesprechungen stattgefunden haben. Flugblattverteilung wurde eine vorgenommen und eine Gabe betreffend Bohnzulage in einem Betrieb gemacht. In Briefen und Karten waren 71, Bafete 54 und Depeches 1 eingehangen. Der Mitgliederbestand am Schlusse des 4. Quartals betrug 102 männliche und ein weibliches. Aus dem Bericht des Kassierers ist zu erscheinen, daß die Jahreseinnahme 1955,18 M., die Jahresausgabe 1750,48 M. betrug, somit ein Kassenbestand von 204,70 M. verbleibt. Auf Antrag wurde darauf dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt.

Hieraus erfolgte die Wahl der Ortsverwaltung. Es wurde Kollege Matznowski als erster und Kollege Alement als zweiter Bevollmächtigter gewählt. Weiter wurden die Kollegen Engelhard als Kassierer, Kollege Schmidt als Schriftführer und die Kollegen Schenker und Bernhard Jakob als Beisitzer gewählt. Zu Revisoren wählte man die Kollegen Baumgärtel und Stöckel. Unter Punkt 3 der Tages-Ordnung wurde der Antrag des Central-Vorstandes bekr. Errichtung eines eigenen Heims angenommen.

Da nun die Ortsverwaltung neu gewählt und auch noch ein großes Arbeitsfeld in Reichenbach vorhanden ist, muß es Jedermanns Pflicht sein, eine rege Agitation zu treiben, um die Unternehmer auch nichts unversucht lassen, um die Organisation der Transportarbeiter zu sprengen, was ihnen freilich nie gelingen wird!

Allgemeines.

Die Kinder der Armen. In dem Bericht über die schulärztliche Tätigkeit an der Volksschule der Stadt Dortmund für das Schuljahr 1907-08 wird u. a. mitgeteilt, daß bei einem Kind, einem Mädchen, auch Gonorrhöe (Tripper) vorgefunden wurde! 127 Kinder waren mit Krähe behaftet, 134 hatten Kopf läuse, 269 litten an Eczem (nässende Flechte), 464 an Blutarmut, 252 an Tuberkulose, darunter 139 an Lungentuberkulose, 1149 an Skropulose, 393 an Lungenspiekenkatarrh, 694 an verschiedenen Augenkrankheiten, 173 an Herzkrankheiten, 43 an Diotie oder Imbezillität usw. Das sind

traurige Tatsachen! In der Hilfsschule für Schwachbegabte waren 315 Schüler, von denen 31,6 p.Ct. frank waren gegen 14,4 p.Ct. der in der Normalschulen untergebrachten Kinder. 40 Kinder wurden auf Grund der Diagnose für schwachsinnig erklärt.

Eine kapitalistische Goldgrube. Nebenall sind ständig Bemühungen im Gang, dem Versicherungsblatt „Nach Feierabend“ möglichst viele Abonnenten auszuführen. Liebt und hört man die Anpreisungen dieses Blattes, so sollte man glauben, daß das „Nach Feierabend“-Unternehmen eine Wohltat für die leidende Menschheit bedeutet. Nur damit die Leser in gewissen Fällen einen Notroschen erhalten, wurde das Blatt gegründet, welche nicht, um Profit zu machen. Da wir nun ein Ding gern von beiden Seiten betrachten, so möchten wir einmal untersuchen, welche Vorteile für die Unternehmer und welche für die Abonnenten entstehen. Vor uns liegt ein Prospekt, aus welchem der Werdegang des „Nach Feierabend“ ersichtlich ist. Danach hatte das Blatt 1908 735.000 Abonnenten. Jedes Exemplar kostet bei einmal wöchentlichem Erscheinen 20 Pf., was einer Einnahme von 147.000 Mark pro Woche entspricht. Der Umsatz bringt wöchentlich ungefähr 5000 M. Gewinn, macht pro Jahr mit den Abonnementsgeldern die Summe von 7.904.000 Mark. Berechnen wir für sämtliche Umläufe 8 Pf. pro Exemplar, was gewiß nicht zu niedrig bemessen ist, so ergibt das einen Betrag von 3.057.000 M. 7½ Millionen sollen nach dem Prospekt während des zehnjährigen Bestehens des Blattes an die Versicherten gezahlt worden sein. Da wir unserer Berechnung das Jahr 1908 zugrunde legen, so wollen wir einmal annehmen, in diesem Jahre seien eine Million Mark zurückbezahlt worden. Es ergibt sich dann folgendes zahlenmäßiges Bild:

1. Einnahmen:	
Einnahmen aus Abonnementsgeldern	7.644.000 M.
Einnahmen aus Umsätzen	260.000 "
Summe der Einnahmen	7.904.000 M.

2. Ausgaben:	
Druck und sonstige Kosten	3.057.600 M.
Burkazahlte Versicherungsgelder	1.000.000 "
Summa der Ausgaben	4.057.600 M.

An Gewinnanteil blieben demnach für den oder die Unternehmer übrig 3.846,400 M. Also ein Riesen Gewinn von fast vier Millionen ist im Jahre 1908 in die Taschen der Besitzer des Unternehmens gestossen. Daß sie sich dabei gut versichert haben und ihr Blatt über das Wohlentled loben, versteht sich am Rande.

Die Frage, was bietet das Versicherungsblatt „Nach Feierabend“ dem Arbeiter für Vorteile? ist bereits des öfteren erörtert worden. Dabei kam regelmäßig heraus, daß die Abonnenten eine Gewähr dafür, daß in den Versicherungsbedingungen besprochene zu erhalten, nicht hatten. Wurden an der Hand von Beispielen diese Tatsachen erörtert, fragte der Besitzer des Blattes, ein Herr Meyer aus Leipzig, wegen Bekleidung. Ein Heidelberg Universitätsprofessor als Sachverständiger sagte über das Blatt die Police in einigen Paragraphen geändert wird. Versäumt es der Arbeiter, sich rechtzeitig mit den Rendungen vertraut zu machen, kann es kommen, daß er bei eintretendem Unfall nichts erhält.

Darum sollen Arbeiter und einfache Leute es sich dreimal überlegen, ehe sie auf Versprechen der „Feierabend“-Agenten abonnieren. Sie sind es in der Haupfsache, die dem Unternehmen einen hohen Gewinn zuschanzen. Für wen das Unternehmen eine Wohltat ist, zeigt oben abgedruckte Tabelle.

Literarisches.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863-1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder. Komplett in zirka 18 Lieferungen à 30 Pf. z. u. 32 Seiten. Verlag von G. Birk u. Co. m. b. H., München. Soeben ist die 3. Lieferung des Handbuchs erschienen. Es werden darin behandelt: Bant, Bayern, Beamte der Partei, Bergarbeiterkampf, Berichterstattung von Parteitagen, Bernstein-Debatte, Bildungsbestrebungen, Boholz, Braunschweig, Briesverlehr, Buchhandlung Vorwärts.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Als Heft 22 erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68: „Haut und Haarpflege“ von Dr. Chajes.

Eine Fülle von Wissen, Tatsachen und Beobachtungen, so ziemlich das ganze große Gebiet der Haut- und Haarkrankheiten, soweit es dem Laien verständlich ist, steht in dem kleinen Heft. Besonders willkommen wird Lesern und Leserinnen die kritische Besprechung der Mittel zur Haut- und Haarpflege (Wasser, Seife, Tüte und Salben, Puder usw.) sein.

Preis 50 Pf.; Vollausgabe 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Kommunale Praxis. Der soeben erschienenen Nummer 4 liegt das Inhaltsverzeichnis des Jahrganges 1909 bei. Eine Durchsicht des 10 Seiten starken Registers lehrt, eine wie außerordentliche Fülle von Material ein Jahrgang der „Kommunalen Praxis“ bietet.

In immer größerer Zahl gelangen die Interessen der Kommunalpolitik, und zwar die Gegner unserer Bestrebungen ebensoviel als unsere Freunde, zu der Überzeugung, daß die dauernde Lektüre der „Kommunalen Praxis“ geeignet ist, über alle wichtigen Vorgänge auf dem Gebiete der Gemeindepolitik zu orientieren und daß das jährlich erscheinende Inhaltsverzeichnis und Sachregister jedem Abonnenten die Möglichkeit gewährt, sich ein Nachschlagewerk von größter Bedeutung zu schaffen.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet pro Quartal 3 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Probenummern kostenlos vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

In Freien Stunden. Das uns vorliegende Heft 3 bringt die Fortsetzung des spannenden Romans „Die Abendburg“ von Dr. Bruno Wille, sowie der interessanten Erzählung aus den französischen Freiheitskriegen „Romanc“ von Theodor Mügge.

„In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich und kostet pro Heft 10 Pf. Neu hinzutretende Abonnenten können die bisher erschienenen Hefte noch nachbezahlen. Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Kolporteur und Zeitungsaussträger entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die soeben erschienene Nummer 3 des „Postillon“ enthält an Vollbildern und Illustrationen: Spreetaufe.

Leichenschändung. — Der Untergang der englischen Marine. — Ein neues Wintermärchen. — Der Parkser Erzbischof Olmette. — Das weiche Herz der Konservativen. Aus dem Texte erwähnen wir: Berliner Polizei. — Aus der Reichshauptstadt. VI. — Die Maschine. — Die Handschuhe. — Die Hilfe der Satten. — Polizeiverordnung in Timbuktu. — Schnapphahnsl über die Thronrede. — Jakobus minor. Usw.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie durch alle Buchhandlungen und Kolporteur zu beziehen.

Briefkasten.

Der Straßenbahner Nr. 3 ist vergriffen. Verwaltungen, die von dieser Nummer eine Anzahl erübrigen können, werden dringend gebeten, diese umgehend der Expedition dieses Blattes zuzusenden.

Zu die Schriftführer. Der Segen der Versammlungsberichte ist in der letzten Zeit wieder etwas zu groß geworden. Trotzdem die Redaktion den Blaufuß in ausgiebigster Weise walten ließ und trotz der Extrabeilage kann der vorliegende Stoff erst in zwei oder gar drei Nummern bewältigt werden. Die Schriftführer werden daher dringend erucht, an Versammlungsberichten nur das Allerwichtigste einzusenden.

Worms, G. Nicht aus Euren Berichten, sondern auch aus den Berichten aller anderen Orte wird alles Nebenflüssige weggestrichen. Das geht mit Rücksicht auf den Raum des Blattes nicht anders. Die Namen der gewählten Funktionäre bringen wir mit Rücksicht auf Kürze und Gen. nicht.

Ferner empfehlen zum bevorstehenden Verbandstag Hamburg jedem Kollegen, der sich für seine Organisation interessiert, die Anschaffung des Jahrbuches 1908 brosch. 50 Pf. und das Protokoll des 6. Verbandstages 80.

Gehäuftlich sind noch Courier und Correspondenzblätter geb. 1906, 07, 08, welche zu gleichem Preise abgegeben werden.

Berlagsbuchhandlung „Courier“.

Mitteilungen des Vorstandes. Eine neue Verwaltungsstelle des Verbandes wurde gegründet am 30. Januar 1910 in Leipzig i. S. Bevollmächtigter und Kassierer: Hoffmann, Hermann, Goldthierstr. 38.

Verlorene gegangen sind die Mitgliedsbücher nachstehend genannter Kollegen: Pollack, Axel, Hpt.-Nr. 342 033 der Verwaltungsstelle Meissner Str. 1, eingetreten daselbst am 2. Mai 1908; Noll, Reinhard, Hpt.-Nr. 299 059, der Verwaltungsstelle Solingen, eingetreten daselbst am 14. Februar 1909.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand.

J. A. Oswald Schumann, Berlin SO. 16. Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

N.B. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Käbler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Verantwortl. Redakteur: Karl Brüske, Rummelsburg. Verlag der Buchdr. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmick, Berlin, Adalbertstr. 37.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. In der am Sonntag, den 23. Jan. abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung stand ein Antrag des Zentralvorstandes zur Verhandlung, nach welchem im Jahre 1910 ein Extrabeitrag von 2 Pf. pro Mitglied in vierjährlichen Raten zu 50 Pf. zu leisten, um in Berlin ein eigenesheim zu gründen. Aus einem Schreiben des Generalvorstandes war zu erschließen, daß doch endlich einmal etwas geschaffen werden müsse, damit die unruhigen Ausgaben, die durch Umzug und Veränderung der Bürosräume schon oft gemacht worden sind, aus der Welt geschafft werden. Da nun der Verbandstag in München den Generalvorstand beauftragt hat, in dieser Sache Schritte zu unternehmen, hat dieser ein Projekt vorgelegt, nach welchem ein Grundstück zu kaufen ist. In der Diskussion wurde betont, daß die Summe sehr hoch sei und in einer kleinen Stadt wie Altenburg etwas anderes anzutun sei, und ob es daher nicht angängig sei, das Central Bureau zu verlegen. Dem gegenüber wurde betont, daß das nicht angebracht sei, so etwas zu befürworten, da im Bezirk Groß-Berlin allein ein Drittel unserer ganzen Mitglieder domiciliert. Die Anwesenden kamen schließlich zu der Ansicht, daß es wohl an der Zeit sei, ein eigenesheim zu gründen. Die Anwesenden verpflichteten sich, um dem Wunsch des Generalvorstandes gerecht zu werden, in diesem Jahre vierteljährlich zwei Extramarken zu je 25 Pf. zu kaufen. Nachdem vom Vorsitzenden noch ermahnt worden war, auch diese Verpflichtung strikt durchzuführen und immer für den Verband sowie für die "Volkszeitung" zu agieren, wurde die von ungefähr 130 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

Arnsdorf i. Thür. Generalversammlung am 16. Januar. Aus dem Kassenbericht ist zu erschließen, daß im 4. Quartal eine Einnahme von 157,79 Mr. erzielt wurde, der eine Ausgabe von 114,49 Mr. gegenübersteht. Die Jahresrücknahme beträgt 591,50 Pf., die Ausgabe 548,20 Mr., so daß ein Kassenbestand von 43,30 Mr. verbleibt. Die Mitgliederzahl ist dadurch, daß im ganzen Jahre 1909 keine Annahmen stattgefunden, um 4 zu rückgegangen. Die Wahl ergab: Seever Bevollmächtigter, Schröder Kassierer, Thomas Schriftführer, Hettstedt und Krauthaus Revizoren. Thomas und Schmidt Kartelldelegierte. Nach einer Aufforderung, in Zukunft lieblicher für die Organisation zu arbeiten, trat Schluß der Versammlung ein.

Berlin. Die Schilder an machen aus den Betrieben Berlins und Umgegend hielten am Sonntag, den 23. Januar ihre erste Branchenversammlung für dieses Jahr ab. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über Steuerbelastung und Gewerbspolitik und Branchenangelegenheiten. Zum ersten Punkt hatte ein Verbandskollege das Referat übernommen und führte etwa folgendes aus:

Durch die Politik der bestehenden Klassen wird die Lebenslage der großen Masse des Volkes, dessen größter Teil Arbeiter sind, immer mehr verteuert, was heute von jedem schwer empfunden wird. Fast alle Lebensmittel sind einer ungeheuren indirekten Besteuerung unterworfen. Hauptfächlich haben hierunter die wichtigen Vollnahrungsmittel wie Salz, Käse, Zucker, Tee sowie Fleisch und Getreide zu leiden. Auch kürzlich sind erst wieder 400 Millionen Mark in Form von indirekten Steuern auf die Schultern der großen Masse gelegt worden. Die Besitzenden, die heute noch die Macht der Gesetzgebung beherrschen, verstehen es, sich von den Lasten, die der deutsche Polizei, Militär- und Kirchenstaat gebracht, zu drücken. Letzteres wurde von den Vertretern der Besitzenden bei der Ablehnung von den 100 Millionen Mr. direkter Erbschaftsteuern dem Volke in der deutlichsten Weise demonstriert. Die Aussaugung der arbeitenden Klassen durch die Besitzenden hat, wie der Referent betonte, ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Mit Sicherheit steht fest, daß die nächste Zeit weitere Blüten der Staatspolitik, welche man Volspolitik nennt, bringen wird. Das Volk darf sich aber darüber keine Zustände nicht für die Danjer gefallen lassen, sondern müssen solchen vollseindlichen Bestrebungen ernstlich entgegentreten und den Machern solcher Politik nun endlich einmal ihr Handwerk legen. Solches könnte aber nur mit Aussicht auf Erfolg geschehen, wenn die großen Scharen der Arbeiterschaften den ihnen drohenden Zustand erkennen lernen und dazu übergehen, sich in feste und starke gewerkschaftliche, wie auch politische Organisationen zusammenzuschließen. In diesen beiden großen Volksorganisationen liegt die Kraft, mit der das Proletariat befreit werden kann. Um die gegenwärtige Lage der Arbeiterschaft nicht ganz trostlos werden zu lassen, haben die Gewerkschaften es sich zur Aufgabe gemacht, diese so viel wie möglich zu verbessern. Täglich werden große und kleine Kämpfe, hinstinklich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, von den Gewerkschaften geführt. Aufgabe eines jeden denkenden Arbeiters müsse es sein, daß, wenn er diesen kulturfördernden Organisationen noch nicht angehört, umgehend beizutreten. Denn nur Einigkeit und festes Zusammenhalten bringen den Sieg.

Die Ausführungen des Referenten fanden lebhafte Beifall. — Dann wurden eine Reihe von Werkstattangelegenheiten besprochen, welche in befriedigendem Sinne ihre Erledigung fanden. Von verschiedenen Diskussionsrednern wurde darauf hingewiesen, daß es jetzt, bei einer merklichen Hebung der Konjunktur in der Schilderanmacherbranche, Zeit sei, mit der Agitation unter den bestehenden Kollegen tatkräftig einzusehen. Die Anregungen fanden lebhafte Unterstützung, was ein deutscher Beweis ist, daß jeder das Bestehe hat, nach vorwärts zu drängen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, jeder

möge seine Pflicht treu erfüllen, schloß der Branchenleiter die gut besuchte Versammlung.

Beuthen O.-S. Am 16. Januar fand hier unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, der den Geschäftsbericht gab, führte aus: Es sei leider nicht so vorwärts gegangen, wie er gehofft habe. Die Kollegen in der Spedition seien schwer für den Verband zu gewinnen, trotzdem diese die längste Arbeitszeit und die schlechteste Bezahlung haben.

Die Kollegen Bierfahrer, die recht schwer unter der Brauerei zu leiden haben, kommen schon eher zur Einsicht, daß sie sich unbedingt organisieren müssen, wollten sie einmal ihre Vorteile wahrnehmen. Also auch hier darf keine Mühe gescheut werden, die Kollegen aufzulären.

Die Feuerwehr verfügen vollständig. Man kann hundertmal an diese Kollegen herantreten und sie zum Eintritt in den Verband auffordern, man bekommt immer dieselbe nichtssagende Antwort. Aber vielleicht kommt die Zeit, wo die Kollegen einsehen werden, daß nur im Verbande ihr Platz ist und daß nur der Verband im Stande ist, gerade die hiesigen traurigen Verhältnisse in den Glasreinigungsinstituten zu bessern.

Eine intensive Agitation ist unter den Straßenbahngestellten entfacht worden, die uns einen neuen Zuwachs von Mitgliedern gebracht hat.

Es muß bedauert werden, daß so wenige Kollegen für den Verband mitgearbeitet haben, hätten alle ihre Pflicht getan, wären wir bedeutend weiter gekommen.

Es muß aber trotzdem gesagt werden, daß unsere Position nach innen bestätigt worden ist. Wenn auch die Mitgliederzahl nicht gestiegen ist, können wir aber konstatieren, daß sich der Markenumsatz gehoben hat. Auch sind Kollegen zugekommen, von denen mit Bestimmtheit angenommen werden kann, daß sie treue Mitarbeiter sein werden. Wir wollen nun im nächsten Jahr alle unsere Kräfte anspannen zu gemeinsamer Arbeit, damit auch diejenigen Kollegen, die uns heute noch fernstehen, in unsere Reihen treten.

Nachdem der Kassenbericht gegeben war, gab Kollege Wengler den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Er wies u. a. auf die verschworene Kramantenwahl hin und brachte verschiedene Missstände, die sich dabei abgespielt hatten, zur Sprache. Es sei unbedingt nötig, daß sich unsere Kollegen mehr um diese Wahlen kümmern. Ferner wies er darauf hin, daß es der Polizei gelungen sei, uns das neu gemitteite Vereinslager abzutreiben.

In der Diskussion sprachen der Kollege Brandt, Genoss Laufhauer und andere im Sinne des Referenten.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Resultat:

Vorsitzende: Trappe und Brandt; Kassierer: Madyla und Wengler; Schriftführer: Thiel; Beißer: Herbst; Revizoren: Carl Stotz und Witte Dorna; Kartelldelegierte: Wengler und Thiel; Stellvertreter: Nowak und Wochnia.

Dann wies der Vorsitzende auf die durch den Zusammenschluß des Hafenarbeiter- und Seemannsverbandes mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband nötig gewordene außerordentliche Generalversammlung in Hamburg hin. Da keine Anträge gestellt wurden, war nach kurzer Diskussion die Tagesordnung erschöpft.

Nach einigen anfeuernden, die nächste Agitation betreffenden Worten schloß die gut verlaufene Versammlung.

Bielefeld. Am Sonntag, den 23. Januar, hielt unsere Verwaltungsstelle ihre General-Versammlung ab, welche von ca. 50 Kollegen und Kolleginnen besucht war. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 4. Quartal:

Ginnahmen:	
Bestand vom vorigen Quartal	809,01 Mr.
14 Aufnahmgebühren à 1.—Mr.	14,—
9 à 0,50 (weiblich)	4,50 "
2152 Wochenbeiträge à 40 Pf.	861,20 "
866 à 20	78,20 "
Beiträge zum örtl. Fonds, 366 Stck. à 5 Pf.	18,80 "
Beiträge zum Streitfonds, 179 Stck. à 80 Pf.	58,70 "
Sonstige Einnahmen	15,—
Zusammen 1848,91 Mr.	

Ausgaben:

Für Ortszuschuß zur Krankenunterstützung . . .	81,50 Mr.
Reiseunterstützung	5,— "
Personale Verwaltungsausgaben (Gehalt, Entschädigung, Prozente)	126,51 "
Für Versammlungen, Annoncen, Referate, Drucksachen	29,11 "
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	19,40 "
Porto, Telegramme usw.	5,25 "
Sonstige Ausgaben	75,—
An die Hauptkasse gesandt	774,70 "
Zusammen 1066,47 Mr.	

Bilanz:

Einnahme	1848,91 Mr.
Ausgabe	1066,47 "

Bleibt Kassenbestand 282,44 Mr.

Bestand am Ende des vorigen Quartals 170 männliche und 24 weibliche Mitglieder. Im Laufe des Quartals sind aufgenommen 14 männliche und 9 weibliche Mitglieder, aus anderen Verbänden übergetreten 2 Kollegen, zusammen 186 männliche und 33 weibliche Mitglieder. Im Laufe des Quartals sind ausgeschieden 7 männliche und 1 weibliches Mitglied, nach anderen Verwaltungen abgereist 3 männliche Mitglieder. Bleibt am Ende des Quartals ein Mitgliederbestand von 176 männlichen und 32 weiblichen Mitgliedern. Hieran anschließend gab der Vorsitzende den Jahresbericht, welcher sehr umfangreich war, es haben stattgefunden 3 öffentliche Versammlungen, 12 Mitgliederversammlungen, in denen 4 Vorträge zur Lehrehrung der Kollegen gehalten wurden, und 39 Sitzungen. An Eingängen waren zu verzeichnen 104 Briefe, 29 Drucksachen,

69 Pakete, Ausgänge 83 Briefe, 4 Geldsendungen, 10 Pakete 11 Drucksachen.

Nachdem die Revisoren die Kasse geprüft und alles in bester Ordnung gefunden haben, wurde auf Antrag dem Kassierer sowie der gesamten Ortsverwaltung einstimmig Decharge erteilt. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten, es wurden gewählt zum Bevollmächtigten Karl Schneider, zum Kassierer Willy Küter, sowie zu Beisitzern die Kollegen Robisch, Sarhage und Obermark. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Otto Beinhorn, G. Obermark und Zug. Birkemeier gewählt. Unter Beschiedenem ernannt der Vorsitzende die Anwesenden, pünktlich Beiträge zu entrichten, sowie im kommenden Jahr fleißiger wie bisher die Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen zu besuchen. Es gelte zu agitieren, bis der letzte Mann herangeholt sei, ein jeder müsse Agitator sein. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Breslau. Am 20. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht der Ortsverwaltung; 2. Neuwahlen und der Antrag des Verbandsvorstandes betr. Erhebung eines Extrabeitrages. Nachdem den verstorbenen Kollegen das Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde, gehörte wurde, gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht vom 4. Quartal 1909 und im Anschluß dessen einen kurzen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Aus diesem war etwa folgendes zu entnehmen: Wenn die Entwicklung unserer Zahlstelle nicht den Erwartungen entsprach, wie es erhofft wurde, so ist dies nur auf die noch allgemein wirtschaftliche Krise zurückzuführen.

Im zweiten Halbjahr hat eine umfassende Agitation für den Verband eingesezt, um die Berufskollegen, die bisher unserer Organisation fernstanden, zu gewinnen. In erster Reihe ist der Versuch gemacht worden, die Konsumvereinsarbeiter zu organisieren; es gelang, da nun auch Boden zu gewinnen, aber die Direktion ist ja bekanntlich gegen die Kooperation und schüchtern die Arbeiter, die willens sind, sich zu vereinigen, ein. Daß die Konsumvereinsarbeiter es nötig haben, sich zu organisieren, steht außer Frage. Man braucht nur die Kohlenarbeiter zu betrachten. Diese bezahlen vom Verein selbst nicht einen freien Lohn; sie dürfen pro Zeuner einen bestimmten Abtraglohn verlangen, den das Mittel bezahlt. Die Direktion unterhält also die Arbeiter ausschließlich auf Kosten der Konsummitglieder. Ein schöner Standpunkt eines Konsumvereins, der sich röhmt, der größte Deutschlands zu sein.

Die Verwaltung hat sich ferner Mühe gegeben, die Omnibusangestellten zur Organisation heranzuziehen; seitdem aber die Omnibusse in das Eigentum der Straßenbahngesellschaft übergegangen sind, fühlen sich die Herren als Beamte und glauben es nicht nötig zu haben, sich mit ihren Berufskollegen zu vereinigen. Von Lohnbewegungen und Differenzen sind die Arbeiter in verschiedenen Betrieben nicht berichtet geblieben; es sind 11 Angriffsstreiks und 2 Abwehrstreiks zu verzeichnen gewesen. Wenn auch nicht in allen Betrieben die Wünsche der Arbeiter befriedigt wurden so doch zum größten Teil; die Vorteile, die herausgeschlagen wurden, sind keineswegs zu unterschätzen. Es waren 351 männliche und 126 weibliche Arbeiter daran beteiligt. Für die Arbeiter ist eine durchschnittliche Lohnhöhung von 2,36 Mr. für die Arbeiterinnen eine solche von 82 Pf. pro Woche erzielt worden.

Erfreulicherweise war der Vorstand in der Lage, auch unter den Eisenbahnlern Bresche zu schlagen. Die Eisenbahnverwaltung verfolgt und bewacht die Arbeiter mit Argusaugen, aber die Erkenntnis ist nun auch bei diesen Leuten gekommen, daß etwas getan werden muß, um ihre elende Lage zu verbessern. Die Arbeitsgelegenheit war im ganzen recht ungünstig, wenn auch die Arbeitslosigkeit gegen das Vorjahr etwas nachgelassen hat.

Der geschäftliche Verkehr regelte sich im Jahre 1909 wie folgt: Es gingen ein an Briefen und Karten 376, Drucksachen 134, Pakete 980. Ausgänge waren an Briefe und Karten 945, Drucksachen 1187, Pakete 3574. Schriftstücke für Mitglieder wurden angefertigt 128. Mit dem Wunsche, daß jedes Mitglied bestrebt sei, soll für die Organisation auch fernerhin tätig zu sein schloß Redner seinen Bericht.

Hierauf gab der Kassierer einen Überblick über unsere Kassenverhältnisse und gab besonders her vor, welche Unterstützungen den Mitgliedern geleistet wurden. Die Redner gaben hierauf die Nichtigkeit von Kasse, Bücher und Belege bekannt und beantragten Decharge-Erteilung, was am Schlusse der Versammlung erfolgte.

Der Bericht über den Arbeitsnachweis ergab folgendes Resultat: Arbeitslos waren im 4. Quartal 09 185 Mitglieder. Stellen wurden gemeldet für fest 75, für Notshilfe 56. Davon wurden besetzt für fest 68, zur Notshilfe 54. Am Schlusse des Jahres 1909 waren arbeitslos 79 Mitglieder.

Zum Kartellbericht machte Kollege Senk etwa folgende Ausführungen: Für die Transportarbeiter war das ein Kampfjahr; keine Sitzung verging, ohne daß die Transportarbeiter nicht angegriffen worden wären. So konnte das nicht weiter gehen. Bisher haben es die Vertreter des Transportarbeiterverbandes immer verstanden, im Kartell die Interessen der Organisation wahrzunehmen.

Die hierauf folgende Diskussion war eine recht eingehende. Es wurde im allgemeinen über die Tarifabschlüsse in den Brauereien und Bierverlagsgesellschaften, sowie über die Agitationsweise des Brauerei- und Bierarbeiterverbandes debattiert. Mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung war die Versammlung einverstanden. Es wurde ferner ein Antrag eingebracht, der den Kartelldelegierten zur Aufgabe macht, die Sitzung in Zukunft zu verlassen, wenn unmotivierte Angriffe gegen den Verband oder deren Vertreter gemacht werden. Dies soll den Zweck haben, daß die Debatten

rechlicher geführt werden sollen. Dieser Antrag wurde angenommen; einige Kollegen enthielten sich der Stimme. Hierauf wurden die Wahlen zur Gau- und Ortsverwaltung vorgenommen. Das Resultat war, daß der Gauvorstand sowie Ortsverwaltung wiedergewählt wurde. Die übrigen Amter erfuhrten eine kleine Änderung. — Der letzte Punkt der Tagesordnung mußte hierauf vertagt werden.

Die Fortsetzung der Versammlung fand auch am bestimmten Tage statt. Kollege Zimmer begründete den Antrag des Verbandsvorstandes in eingehender Weise, und ersucht die Versammlung um Zustimmung. Die hierauf folgende Diskussion war eine recht erregte. Ein großer Teil der Redner richtete sich gegen den Antrag, ebenso wurde selbiger von verschiedenen Rednern zur Annahme empfohlen. Ein Kollege beantragte, daß eine Urabstimmung über den Antrag vorgenommen werden soll. Dieser Antrag wurde mit 94 gegen 68 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung über den Antrag des Verbandsvorstandes betr. Zahlung eines Extrabeitrages von 2 Mt. in Raten von 50 Pf. wurde mit 126 gegen 63 Stimmen angenommen, mit der Abänderung, daß dieser Beitrag nicht in Raten von 50 Pf., sondern in Raten von 10 Pf. gezahlt werden soll. Die Frist ist bis zum Ende des Jahres 1910 beibehalten worden.

Cöpenick. Eine allgemeine Versammlung des Agitationsbzirks beschäftigte sich mit der Berichterstattung der Leitung pro 1909. Dem Bericht, welchen die Kollegen Nickel und Breitenborn gaben, ist zu entnehmen, daß im letzten Jahre 5 öffentliche, 67 Bezirksversammlungen und 115 Sitzungen und Besprechungen stattfanden. Hierzu kamen noch 30 Sitzungen, an die die Kollegen im Auftrage der Organisation teilnahmen mühten. Der geschäftliche Verkehr weist im Eingang 75 Briefe resp. Karten, 49 Drucksachen, 64 Pakete und 3 Geldsendungen auf; 200 Briefe resp. Karten, 217 Drucksachen, 116 Pakete, 3 Depeschen und 5 Geldsendungen gingen aus. Schriftstücke für Mitglieder wurden in 5 Fällen angefertigt; Eingaben an Behörden wurden zwei gemacht. Die Mitgliederzahl des Agitationsbzirks betrug am Jahresende 465 gegen 334 im Vorjahr. Die Orte Ober-, Niederschöneweide und Johannisthal sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Von sämtlich am Orte befindlichen Organisationen ist die der unserigen die einzige, welche eine derartige Mitgliederzunahme aufzuweisen hat. — Die Anzahl der verkaufen Beitragsmarken stieg von 15 513 im Vorjahr auf 17 153 Stück. Die Frequenz des Arbeitsnachweises stellt sich wie folgt: Arbeitslos meldeten sich 50 Kollegen. Gemeldet wurden 6 Stellen für fest, 4 Stellen wurden von diesen befreit. Es sind dies 2 Kutschner, 1 Gläser, 1 Hilfsarbeiter. Der Durchschnittslohn beträgt bei den Kutschern 23 Mt. pro Woche; der Gläser bezahlt 16 Mt. ausschl. Prozente und der Hilfsarbeiter 27 Mt. pro Woche. Die Arbeitszeit beträgt der Reihe folge nach pro Tag 12, 8, 10 Stunden. Maßregelungen fanden in zwei Fällen mit drei Beteiligten statt. Das Kapitel Lohnbewegungen weist im Bericht 4 Angriffsbewegungen mit 106 Beteiligten auf; 3 von diesen sind am Jahresende erledigt, eine harret noch der Erledigung. Die drei Bewegungen wurden ohne Arbeitseinstellung durchgeführt, und zwar war das Resultat, zwei mit vollem Erfolg, eine mit teilweise Erfolg. In der Diskussion wurde anerkannt, daß die Leitung ihre Schuldigkeit getan hat. Ein Antrag des Kollegen Bode, die allgemeinen Versammlungen in jedem Vierteljahr nur in Cöpenick und nicht abwechselnd auch in den Vororten abzuhalten, wurde abgelehnt. Die Zusammensetzung der Agitationskommission und der übrigen Funktionäre bleibt dieselbe wie im Vorjahr, nur tritt als Kartelldelegierter für Friedrichshagen an Stelle des Kollegen Danzmann der Kollege Senftleben. Den Schluß der Verhandlungen bildete eine Aussprache über den geplanten Hauserwerb, bei welcher die Versammlung sich mit dem Vorgehen des Vorstandes einverstanden erklärt.

Erlangen. Unsere Jahrestagerversammlung fand am 16. Januar statt. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen: Statigefunden haben 10 Mitgliederversammlungen und eine öffentliche sowie 11 Verwaltungs-Sitzungen. Eingegangen sind 72 Briefe und 22 Pakete, ausgegangen 41 Briefe. Der Kassenbericht balanziert mit 798 Mt. Ein- und Ausgabe bei einem Haushalt von 108 Mt. Bei den Ausgaben sind heranzuhaben: An die Hauptkasse in bar 482,34 Mt. in Belegs., 66 Mt. für Arbeitsunterstützung, 41,77 Mark für Krankenunterstützung, 25 Mt. für Exxx. und 8 Mt. für Kleidunterstützung, an das Kartell 20,55 Mt. Dem Kassierer wurde Nachfrage gestellt. Gewählt wurden als 1. Bevollmächtigter A. Proß, als 2. Bevollmächtigter Hunger, als Kassierer M. Bensel, als Schriftführer G. Rager, als Revisor H. Hoffmann und Bauer, als Beißer Mahol, Joh. Die Reiseunterstützung wird in Zukunft bei A. Proß, Anlagenstr. 7, von 12—1 Uhr und von 6—8 Uhr abends ausbezahlt. Ein Kollege aus Fürth gab dann Erläuterungen über die Änderungen im Statut, besonders über die Erwerbslosenunterstützung. Hierauf wurde ein Einstimmen des Hauptvorstandes behandelt. Der Erwerb eines Grundstückes als eigenes Heim für das Centralbüro wurde als notwendig und vorleithaft anerkannt. Einstimmig wurde beschlossen, dem Vorstand 100 Mark als Darlehn zu überweisen. Des weiteren verpflichteten sich die Kollegen, im Jahr 1910 vier Extrabeiträge zu 50 Pf. zu entnehmen. Nach einem Appell an die Mitglieder, auch sicherhin ihre Schuldigkeit zu tun, wurde die Versammlung geschlossen.

Friedberg i. S. Die am Sonntag, den 23. Januar abgehaltene Mitgliederversammlung gibt die freudige Gewißheit, daß der Organisationsgedanke auch bei uns nunmehr feste Wurzeln schlägt. Mehr

und mehr reift die Erkenntnis, daß aller Rückwärtssinn im Transportgewerbe nur Gehalt geboten werden kann, durch den aufstrebenden Transportarbeiter, der unter der maßgebenden Willkür der "Herren" ächt und leidet. Mögen sich in eure Beurteilungen im deutschen Vaterlande nicht wundern, oder glauben, wir stinken, wenn wir feststellen, daß hier zu Lande bei knapper Kost und hundemäßigem Logis Wochenlöhne von 4, 5, 6, 7, 8, auch wenn es einmal gut geht 9 Mt. gehabt werden. Gehet die Arbeit knapp, wird unter Umständen noch etwas abgezogen. Logis, wie man es seinem Handwerksgenossen mehr bieten darf. Neben dem Küch- oder Schweinestall ist es nach Ansicht der "Herren" für den Knecht gut genug. Auch 3 Mt. Weihnachtsgeschenk hat es bei uns schon gegeben, d. h. vorher hat man für Weihzeuge gesorgt. Sonntagsarbeit über die gewöhnliche zulässige Zeit ist gang und gäbe. Neben sonstigen Stallarbeiten wird bei einigen Firmen Hätsel für die ganze Woche geschnitten. Hoffentlich werden die sich bereits regenden Kollegen bald für die Organisation reif, damit wir uns auch in Friedberg einmal Zustände schaffen, wie sie menschenwürdig sind.

Hannover. Am Sonntag, den 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die von etwa 150 Kollegen und Kolleginnen besucht war.

Zunächst wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Plänen geehrt.

Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor und wurde vom Vorsitzenden erläutert.

Das verflossene Jahr hat nicht alle Erwartungen erfüllt, was zum Teil auf die Krise in unserem Berufe, zum Teil aber auch darauf zurückzuführen ist, daß die Angehörigen anderer Berufe bei uns ein Unterkommen suchen und dadurch die Arbeitsgelegenheit ungünstig beeinflußt wird. Es ist ein kleiner Rückgang in der Mitgliederzahl zu verzeichnen, dem eine Erhöhung der Beiträge gegenüber steht.

Insgesamt waren 784 Mitglieder gegen 803 1908 vorhanden. Verlaufen wurden 32 998 Wochenbeiträge gegen 32 442 im Jahre 1908. Die Aktionsarbeit war lebhaft betrieben, es fanden statt 24 Versammlungen und 235 Sitzungen und Besprechungen. Der Geschäftsverkehr war ebenfalls ein lebhafter. Es gingen ein 828 Sendungen und aus 283. Auskunft wurde an 121 Kollegen erzielt, für 27 Kollegen wurden Schriftstücke angefertigt.

Der Arbeitsnachweis ist noch immer das Schmerzenskind. Es meldeten sich 352 Kollegen arbeitslos. Sieben wurden 44 gemeldet, wovon 22 bestellt wurden. Das ist gewiß kein erfreuliches Resultat, wenn auch die Krise hier nutzt, so müssen doch die Kollegen die freien Stellen mehr melden, damit uns die Möglichkeit gegeben wird, Kollegen dorthin zu senden. Wir müssen den Arbeitsnachweis ganz besonders beachten, weil der Arbeitgeberverband ebenfalls einen solchen eingerichtet hat.

Im verflossenen Jahre wurde eine lebhafte Agitation für die Errichtung einer Fahr- und Fachschule entfaltet, die den Erfolg hatte, daß der Arbeitgeberverband nun eine solche einrichten will. Unsere Einigkeit wurde vom Magistrat erst nach 7 Wochen beauftragt und zwar abschlägig. Dem Arbeitgeberverband wurden dagegen 1000 Mt. zur Vergütung gestellt und auch ein jährlicher Buschus verprochen. Lohnbewegungen waren insgesamt 10 zu verzeichnen, von denen eine erfolglos war, eine zurückgestellt werden mußte und eine schwelt. Die übrigen berichteten den Beteiligten recht gute Erfolge. Hoffentlich gelingt es uns, im neuen Jahr noch mehr Erfolge zu erzielen. Der Vorsitzende erwähnte dann die Anwohner, im kommenden Jahre etwas mehr mitzuarbeiten, denn daran mangelt es bei uns noch ganz erheblich.

Herauf wurde vom Kassierer der Kassenbericht gegeben. Das letzte Quartal brachte eine Einnahme von 4916,21 Mt. und eine Ausgabe von 4822,23 Mt. Die Jahresabschreibung planiert mit 18 401,56 Mt. Einnahme und Ausgabe. Die Hauptkasse hat 9815,50 Mark erhalten. An Unterstützungen wurden bezahlt: für Arbeitslose (Orts- und Hauptkasse) 2882,70 Mt., für Kräfte 1656,73 Mt., für Strals und Gemäßregelle 3581,35 Mt., für Rechtschule 343,50 Mt., für Erstaunterstützung 380 Mt., für Beerdigungsbehelfe 300 Mt. und für Kleiderunterstützung 143,50 Mt. Die Gesamtsumme der Unterstützung beträgt demnach 9287,78 Mt. Hiervon hat die Ortskasse 1302,08 Mt. bezahlt.

Anschließend hieran wurde ein kurzer Bericht über die Entwicklung des Gaues gegeben. Hier ist die Arbeit nicht ohne Erfolg gewesen, wenn auch fein alzu großer Fortschritt aufzuweisen ist, so können wir doch mit dem Erfolg vorläufig zufrieden sein. Die Zahl der Verwaltungsstellen ist auf 18 gestiegen.

Es haben 101 Versammlungen und 189 Sitzungen und Besprechungen stattgefunden.

Eingegangen sind 520 und ausgegangen 1459 Sendungen. Die Zahl der Mitglieder ist um 193 gestiegen, die der verkaufen Beiträge um 4034. Eine Mitgliederzunahme haben 12 Orte aufzuweisen, eine Abnahme 6. Einzel-Beitragsgewinn zeigen 14 und einen Verlust 4 Orte.

Die anschließende Diskussion war eine sehr lebhafte. Von verschiedenen Kollegen wurden Vorläufige für eine bessere Agitation gemacht und auch auf die Motivierung einer besseren Mitarbeit hingewiesen.

Dann wurden noch einige Wünsche bezüglich der Agitation unter bestimmten Berufskräften vorgebracht. Die nun vorgenommenen Wahlen hatten folgendes Ergebnis:

1. In die Ortsverwaltung: Kollege Ed. Siegenwallner als 1. Bevollmächtigter, Kollege H. Wegener als 1. Kassierer, Kollege F. Grages als 1. Schriftführer, Kollege H. Walther als Beißer, Kollege Chr. Lieberknecht als 2. Schriftführer, Kollege Fr. Maacken und Kollege O. Waller als Beißer, Kollege W. Müller als 2. Vorsitzender und die Kollegin G. Nagel.

waja als 2. Kassierer. 2. Als Kartelldelegierte: die Kollegen Siegenwallner, Topp und Engelhart. Als Stellvertreter: die Kollegen Wegener, Nehbock und Bräse. 3. Zu Revisoren: die Kollegen Lengemann, Hartwig und Engelke. 4. In den Gauvorstand: die Kollegen G. Vereins, G. Grages, A. Wertheim und W. Ulrich.

Zum Schluß ermahnte dann der Vorsitzende die Kollegen, nun im neuen Jahre mit allen Kräften für die Ausbreitung der Organisation tätig zu sein. Die Zahl der Organisationsfähigen sei in Hannover noch sehr groß, diese zu gewinnen, müsse das Bestreben aller Kollegen sein. Dazu wurde darauf die imposante Versammlung geschlossen.

Heidelberg. Kürzlich hielt die hiesige Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab. Die selbe erfreute sich eines guten Besuches. Der Bevollmächtigte teilte mit, daß der Centralvorstand beabsichtigte, ein eigenes Verwaltungsgebäude für den Verband einzurichten, weil der Mietzins für die gemieteten Büroräume enorm hoch sei. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein im vergangenen Jahr 1910 ein in vierjährlichen Raten von 50 Pf. zu zahlenden Extrabeitrag von 2 Mt. zu bezahlen. Sobald wurde vom Vorsitzenden der Geschäftsbericht für das Jahr 1909 erstattet. Aus demselben ist zu entnehmen, daß der Geschäftsverkehr ein sehr lebhafter war. Sitzungen und Versammlungen fanden insgesamt circa 30 statt, darunter auch eine öffentliche Versammlung, welche Stellung zu dem scharfmacherischen Treiben des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes vom Handels- und Transportgewerbe nahm. Bekanntlich hat dieser Verband seinen Sitz in Heidelberg und gibt ein eigenes Organ heraus, mit welchem der angeblich böse (!) Transportarbeiterverband mit den schiefen Mitteilen bekämpft wird. — Bewegungen zur Errichtung besserer Lohn- und Existenzbedingungen fanden zwei statt, welche teilweise erfolgreich waren. Durch die Bechlässe des Verbandsrates in München sind den Mitgliedern auch bedeutende Erweiterungen geschaffen worden, worauf sehr zu achten sei in der Agitation. An der Diskussion beteiligte sich der anwesende Gauleiter. Derselbe unterzog die Kampfsweise des Arbeitgeberverbandes ebenfalls einer scharfen Kritik. Daneben zeigte er aber auch an einigen Beispielen, wie wenig die Unternehmer mit ihrem Standesdinkel oft in der Lage sind, die von ihnen verhafteten angeblichen "Gehapostel", bezw. die Vertreter der Organisation von den Verhandlungen bei Lohnbewegungen fernzuhalten. Scharfe Kritik fand das sensationelle Urteil in der Beleidigungslage der Herren Kraatz und Wolff gegen den Kollegen Gott-Mannheim. Den Rechenschaftsbericht vom 4. Quartal und vom Jahre 1909 erstattete Kollege Brecht, worauf der bisherige Ortsverwaltung Entlastung erteilt wurde. Bei der Wahl der neuen Ortsverwaltung wurde der bisherige erste und zweite Bevollmächtigte wiedergewählt, der Schriftführer und die Beißer wurden neu gewählt.

Gersfeld. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche ausnahmsweise von fast sämtlichen Kollegen besucht war. Kollege Möller gab den Kassenbericht vom 4. Quartal 1909. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 185,05 Mt. ab; an die Hauptkasse wurden 81,95 Mt. gesandt. Mitglieder waren 28 aufgenommen, 4 mussten gestrichen werden. Auf Antrag wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Bei der jetzt folgenden Vorstandswahl wurden die Kollegen Weppeler und Hentschel als 1. und 2. Vorsitzender, Möller Kassierer, Heinrich Gisselmann als Schriftführer, als Revisoren Schmidt, Luehradt und Diebs gewählt. Zu Kartelldelegierten wurden die Kollegen Hentschel und Hoffmann gewählt.

In Verschiedenem erwähnte Kollege Weppeler die Anwohner, das Volk zur Sonne zu meiden, da der betr. Herr den Arbeitern sein Volk laut Brief weder zu Versammlungen noch zu Vergnügungen zur Verfügung stellt. Die Worte muß deshalb heißen: Wer uns sein Volk nicht gibt, bekommt von uns keinen Pfennig. Auch die in der November-Versammlung angenommene Resolution, "Den Schnapsgenuss nach Möglichkeit zu melden, wo angängig ganz einzustellen", muß besser eingehalten werden.

Kollege Hentschel macht auf den am 23. Januar vom Gewerkschaftskartell arrangierten, in Volenders Saal stattfindenden Lichtbildvortrag aufmerksam, und ersucht um zahlreiche Beteiligung der Kollegen mit ihren Frauen.

Kollege Weppeler ersuchte die Kollegen, im neuen Jahre ihre ganze freie Zeit möglichst auf Agitationsarbeit zu verwenden, damit wir unsere Mitgliederzahl nicht verdoppeln, sondern verdreifachen, und schließt die Versammlung.

Kiel. In der am 19. Januar stattgefundenen gut besuchten Generalversammlung wurde, nachdem die im Laufe des 4. Quartals Verstorbenen in der üblichen Weise geehrt worden waren, der Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal 1909 seitens des Kollegen Arnold gegeben. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen:

Es wurden abgehalten 3 öffentliche, 12 Mitgliederveranstaltungen sowie 28 Betriebsbesprechungen. An Lohnbewegungen sind 2 zu verzeichnen mit 200 Beteiligten, welches Resultat diese haben, kann jetzt noch nicht gesagt werden, da sie noch nicht abgeschlossen sind.

Maßregelungen und Betriebsdifferenzen waren 4 zu erledigen, mit 60 Beteiligten, der Ausgang war ein für die Kollegen zufriedenstellender. Eingänge an Briefen und Karten sind 87, an Drucksachen 28, an Paketen 146, an Ausgängen waren Briefe und Karten 127, Drucksachen 442, Paketen, Depeschen je 1 im 4. Quartal zu verzeichnen. Schriftstücke für Mitglieder mußten 12 angefertigt werden.

An Einnahmen waren zu verzeichnen: 44 Wochenbeiträge à 55, 21 564 Wochenbeiträge à 50, 2116 Wochenbeiträge à 25 Pf., außerdem wurden 4876 Gewerkschaftshausmarken à 10 sowie 1859 Streit-

Kollegen etwas gebessert hätte, doch wäre noch viel nachzuholen bei der großen Masse unorganisierter Transportarbeiter in Posen. Nur jeder seine Pflicht, so müßte man bei der nächsten Generalversammlung weit über das vier- bis fünffache der Mitgliederzahl berichten können. An der Diskussion beteiligten sich eine Anzahl Kollegen, die ebenfalls zu energischster Agitation aufforderten.

Kollege Stowak erfuhr dann noch die Anwesenden um kräftige Unterstützung bei der bevorstehenden Reichstagswahl für Posen beim Verteilen von Flugblättern.

Nachdem noch ein Schreiben der Kaiserl. Ober-Post-Direktion Posen als Antwort auf unsere Eingabe an den Postminister erräte betreffs Beschäftigung von Schulkindern bei der Paket-Post in Posen verlesen war und auf das am 5. Februar stattfindende Familien-Krämpchen unserer Zahlstelle hingewiesen worden war, erfolgte Schluß der sehr angeregt verlaufenen Versammlung.

Anwesend waren ca. 70 Personen, es konnten 19 Aufnahmen gemacht werden. Und nun vorwärts, Kollegen, damit es endlich in diesem schwarzen Winkel auch Licht wird.

Schmiedeberg. In der Mitgliederversammlung am 17. Januar wurde der Kassenbericht gegeben und anerkannt. Dann wurde die bisherige Verwaltung wiedergewählt. In dem Projekt der Schaffung eines eigenen Verwaltungsgebäudes in Berlin konnte nicht endgültig Stellung genommen werden. Es sollen diesbezüglich noch nähere Auskünfte eingezogen werden. Dann trat nach einer Aufforderung zu reger Agitation Schluß der Versammlung ein.

Spandau. Am 15. Januar hielt die hiesige Ortsverwaltung ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Den Jahresbericht gab der Bevollmächtigte und war aus dessen Ausführungen zu entnehmen daß die Ortsverwaltung im Interesse der Agitation und Organisation eine intensive Arbeit entfaltete.

An Eingängen waren 116 Briefe und 74 Paletten; an Ausgängen 417 Briefe, 523 Drucksachen, 8271 Bürklate und 4 Geldsendungen zu verzeichnen.

Ferner wurden 107 Schriftstücke für Mitglieder angefertigt. Das Bureau wurde von 1414 Personen frequentiert.

Der Agitation war das Hauptaugenmerk der Ortsverwaltung gewidmet und wurden abgehalten:

Eine öffentliche Versammlung, 130 Besprechungen und Sitzungen, 17 Verwaltungssitzungen, zwei erweiterte Verwaltungssitzungen und 31 Bezirksversammlungen.

Lohnbewegungen fanden im Laufe des Jahres 1909 sechs statt mit insgesamt 119 Beteiligten, die alle für die Beteiligten erfolgreich zum Abschluß gelangten. Ferner fanden 9 Verhandlungen betreffs Beilegung von Differenzen mit Arbeitgebern statt.

Auch erwähnte Redner, daß es der Ortsverwaltung gelungen sei, die Kollegen Kohlen- und Hafenarbeiter der Organisation zuzuführen und daß diese es sich angelehnzt lassen müßten, den letzten Mann heranzuholen, damit mit den erbärmlichen Löhnen endlich aufgeräumt werden könne.

Schwer war die Agitation unter den Kollegen Kruschein, wo der Erfolg leider nicht der aufgewandten Mühe entsprach. Aber auch hier wird ausdauernde Agitation und Aufklärungsarbeit dem "blauen" bzw. "gelben" Kruscherverein "Brüderlichkeit" nach und nach das Tercain abgraben, dieses muß sich in erster Linie die neu geschaffene Sektionsteilung der Kruscher zur Aufgabe machen.

Die Differenzen mit anderen Organisationen wurden alle in friedlicher Weise beigelegt und schriftliche Vereinbarungen getroffen.

Zu der Beichweide des Kollegen Wein kontra Thomas bemerkte Redner, daß sich die Ortsverwaltung mit der Angelegenheit beschäftigt und der Genosse Thomas die Erklärung abgegeben habe, daß eine Namensverwechslung vorliege und gegen den Kollegen Wein unschuldigerweise der Vorwurf, er habe vor Jahren im Betriebe Mayer-Söhne einen Betrauensbruch begangen, erhoben werden ist. Der Bevollmächtigte bedauert, daß einzelne Kollegen auf Grund leichtfertiger Behauptungen und Vermutungen, aufgebauete Gerüchte weiter folgerten. Die Angelegenheit selbst werde, da sie sich nun mehr gegen einen anderen Kollegen richtet, weiter verfolgt.

Die am Schlusse des Quartals vorgenommene Revision und Kontrolle der Mitgliedsbücher habe leider ein schlechtes Resultat gezeigt, indem im Laufe des Jahres sich die Kollegen und besonders die Kolleginnen nicht weniger wie 668 Beitragswochen als "frank" oder "arbeitslos" abtempeln ließen, zum Schaden der Organisation und oft der Mitglieder selbst. Redner erfuhr dringend, daß endlich diesem Nebelstand Einhalt geboten wird.

Redner erwähnt noch, daß auch die am Jahresabschluß aufgenommene Statistik über die Zugehörigkeit zur politischen Partei, zum Konjunktverein und als Leser der Parteipresse allem Anchein nach ein recht unerfreuliches Resultat biete, zwar seien die Arbeiten noch nicht abgeschlossen, aber nach den bisher eingegangenen Fragebögen scheine das Resultat ein vorbezeichnetes zu werden. Redner erfuhr, auch in Zukunft etwas mehr für die Agitation und Organisation zu tun, damit endlich ein schnelleres Vorwärtsdringen zu verzeihen ist.

Der Bericht über den Arbeitsnachweis zeigte ein nicht allzu erfreuliches Resultat, da nur insgesamt 22 Stellen für fest und 30 Stellen zur Ruhshilfe gemeldet wurden.

Befest wurden hieron für fest 13, zur Ruhshilfe 26 Stellen. Der Jahres-Durchschnittslohn betrug 24,70 M., die Jahres-Durchschnittsarbeitszeit 9,2 Stunden.

Zu bemerken ist noch, daß sich im Laufe des Jahres 1909 38 Kollegen mit insgesamt 777 Tagen arbeitslos und 97 Mitglieder mit 2247 Tagen frank meldeten. Von den Erkrankungen waren 19 Betriebsunfälle.

Den Kassenbericht, der den Anwesenden gedruckt vorlag, gab der Kollege Bitmann und zwar war daraus zu erkennen, daß im Laufe des Jahres 1909 insgesamt 14.976 Beitragssmarthen verkauft wurden. Die Gesamteinnahmen betrugen 6805,82 M., die Ausgaben 6270,60 M., so daß am Schluß des Jahres ein örtlicher Kassenbestand von 535,22 M. vorhanden ist.

An Unterstützungen wurde insgesamt die Summe von 1980,60 M. zur Auszahlung gebracht und zwar für:

Arbeitslosenunterstützung	772,15 M.
Rechtschutz	475,65 "
Extraunterstützung	363,55 "
Beerdigungsbeiträge	167,00 "
Gemäß. Unterstützung	113,00 "
Reiseunterstützung	53,50 "
Waisenunterstützung	35,75 "

Hieron zahlte die Hauptklasse 1682,35 M., die Ortsklasse 298,25 M.

Nachdem auf Antrag der Revisoren dem Kassierer und der Ortsverwaltung einstimmig Decharge erteilt wurde, erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung und wurden sämtliche Kollegen wiedergewählt.

Ein Antrag, die Bezirkssversammlungen mit Ausnahme des 6. Bezirks (Staaten) aufzuheben, wurde einstimmig angenommen.

Ferner wurde einstimmig beschlossen, dem Antrage des Hauptvorstandes, auf Erhebung eines Extrabeitrages von zwei Mark für das Jahr 1910, zwecks Errichtung eines Verbandshauses, zuzustimmen und wird in Verfolg dieses Antrages der Beitrag ab 1. April 1910 (13. Beitragsswoche) für männliche Mitglieder auf 55 Pf. g. für weibliche Mitglieder auf 30 Pf. pro Woche erhöht.

Ferner wird beschlossen, den Hauptvorstand aus Mitteln der Ortsklasse 500 Mark leihweise zur Verfügung zu stellen.

Ein Antrag der Ortsverwaltung, das Bureau von jetzt ab Sonntags geschlossen zu halten, wird einstimmig angenommen und werden nun mehr die Unterstützungen Sonnabends und Montags zwischen 7 bis 8 Uhr zur Auszahlung gebracht.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte um 10½ Uhr Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

Stuttgart. Am Sonntag, den 16. Januar hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Das in den letzten Wochen verbreitete Gerücht, nach dem wir vor der Auflösung stehen sollten, erfuhr eine treffliche Illustration durch den außerordentlich starken Besuch, wie wir ihn seit der großen Streitversammlung im Jahre 1905 nicht mehr zu verzeichnen hatten. Der Besuch war so stark, daß die Versammlung auf kurze Zeit vertagt werden mußte, um ein anstehendes Volksfest herzurichten, damit den Besuchern ein bequemes Büchlein eingeräumt werden könnte. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß sich die Verwaltungsstelle während der erste gut gehalten hat; im zweiten Halbjahr 1909 ist sogar ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Die Zunahme bezüglich gegenüber dem ersten Halbjahr 160 Mitglieder. Die Agitation war eine äußerst rege. Es wurden im ganzen 189 Versammlungen, Sitzungen und Besprechungen abgehalten und rund — allen Polizeischülern zum Trotz — 33 000 Flugblätter, Broschüren und Aufzettel verbreitet. Erwähnenswert ist, daß das Ginkaffierungswesen gut, im zweiten Halbjahr sogar ladelos funktioniert hat. Es würde zu weit führen, alle wichtigen Vorkommissen zu schildern. Herborghoben sei nur noch, daß die Verwaltungsstelle ununterbrochen vorwärts schreitet. Die ganze Versammlung war getragen von hohem Ernst und dem festen Willen, alles auszubieten, um die uns noch Fernstehenden zu gewinnen. Das Jahr 1909 hat befriedigend abgeschlossen, das neue Jahr in allen Zeilen gut angefangen. Möge es so weiter gehen, damit uns der kommende bessere Geschäftsgang einig und geschlossen nach innen gerüstet und kampfbereit dem vereinigten Unternehmertum gegenüber antreten möge.

Wolfsburg. Am 15. Januar fand unser Generalversammlung statt. Nachdem das Protokoll verlesen und anerkannt, gab der Gauleiter den Geschäftsbericht für das Jahr 1909. Es fanden statt: 9 Versammlungen und 11 Sitzungen. Von einer Lohnbewegung wurde Abstand genommen. Unter der Krise hatte Wolfsburg ziemlich stark zu leiden und dieses war auch die Ursache, daß verschiedene Mitglieder aus Wolfsburg verzogen und demgemäß aus der Mitgliederliste gestrichen werden mußten. Dem Anschein nach macht sich jetzt aber eine bessere Konjunktur bemerkbar und werden wir auch wieder Mitglieder gewinnen können.

Hierauf gab Kollege Gercke den Kassenbericht vom 4. Quartal:

Die Einnahmen betrugen:	
Bestand vom 3. Quartal	1.— M.
4 Aufnahmegebühren	4,— "
1572 Wochenbeiträge	550,20 "
120 Streifondsbeträge	86,— "
	Zusammen 591,20 M.
Reiseunterstützung	8,— M.
Verbindliches	86,— "
Versammlungen	12,50 "
Bibliothek	6,80 "
Kartell	8,45 "
Porto	4,25 "

Diverse Ausgaben	17,70 M.
Feindesatz	91,10 "
An die Hauptklasse	456,31 "
Kassenbestand	43,79 "
	Zusammen 591,20 M.

Es war ein Mitgliederbestand von 112 vorhanden.

Nachdem die Revisoren bestätigt hatten, daß Kasse und Belege in bester Ordnung sind, wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Hierauf erstattete Emil Richau den Kartellbericht. Hierauf fand die Wahl des Gesamt-Vorstandes statt. Gewählt wurden: Paul Seeger, 1. Vorsitzender, Wilhelm Koch, 2. Vorsitzender, Simon Gercke, Kassierer, Wilh. Krüger, 1. Schriftführer, H. Schwabe, 2. Schriftführer, Beisitzer: A. Abraham, G. Fenzel, Wilh. Lüke, Revisor: G. Richau und W. Schönberg. Kartelldelegierte: G. Richau und H. Schulz. In die Lohnkommission wurden gewählt: A. Abraham, Fenzel, Krüger, H. Gräbel.

Hierauf wurde beschlossen, 50 Pf. pro Kopf und Quartal zum Baufonds zu entrichten.

Weizenfels a. S. Unsere Generalversammlung fand am 16. Januar statt und war gut besucht. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal. Es ist eine Einnahme von 582,17 M. und eine Ausgabe von 114,79 M. zu verzeichnen; an die Hauptklasse gesandt 354,60 M., so daß ein Kassenbestand von 112,78 M. verbleibt. Die Jahresrechnung zeigt folgendes Bild: Einnahme 1807,80 M., Ausgabe 331,42 Mark; an die Hauptklasse gesandt 1363,60 M. (intl. Quittung). Marken wurden verkauft 4261 a 40 Pf., 302 St. a 30 Pf. Das ist ein Mehr von 134 Stück gegen das Vorjahr. Nach dem Jahresbericht sind Mitgliederversammlungen 8, öffentliche 2, Sitzungen 15 abgehalten worden. An Briefen, Karten, Drucksachen usw. gingen ein 143; Ausgänge waren 118 zu verzeichnen. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Landgraf, als Kassierer Kollege Franck, als Schriftführer Kollege Horontz, als Beisitzer die Kollegen Müller, Leichmann und Fauch, als Revisoren die Kollegen Föhre, Birkner und Püschel gewählt. Unter verschiedenes brachte Kollege Siebe den Antrag ein, daß die Arbeitgeber die Straßenverkehrssordnung aushängen sollen. Ferner wurde noch bekannt gegeben, daß in nächster Zeit eine außerordentliche Generalversammlung stattfindet. Ins Stadtverordnetenkollegium zogen in diesem Jahre die ersten zwei Sozialdemokraten ein. Dann Schluß der Versammlung.

Würzburg. Die am 16. Januar stattgefundene Generalversammlung war sehr gut besucht. Zunächst wurde der Erhebung eines Extrabeitrages zum Anlauf eines Verbandshauses zugestimmt. Der hierauf folgende Bericht des Kassierers ergab, daß sich der Bestand der Ortskasse in diesem Jahre verdreifacht hat. An Unterstützungen wurden insgesamt 459,50 M. ausgeschüttet. Der Bevollmächtigte berichtete hierauf über die Tätigkeit der Ortsverwaltung im Jahre 1909. Er schilderte zunächst die Schädigung der Kollegen durch die wirtschaftliche Krise und der mit ihr verbundenen Arbeitslosigkeit und verwies weiterhin auf die Verschärfung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch die neuen Steuern. Als besonders bemerkenswert und nicht zu vergessen sei hauptlich die im Mai 1909 erfolgte Gründung eines Arbeitgeberverbandes für das Handels- und Transportgewerbe in hiesiger Stadt. Auch in unserer „ehrwürdigen Spiezerstadt“, wo sich ein bar das ganze Leben unserer Kollegen in geradezu idealer Weise eine Verfestigung findet und wie ein saftes Bähnlein dahinplätschert, haben also durch die Gründung einer Ortsgruppe die Bestrebungen der Scharfmacher Eingang gefunden, um den unerhörten Lohnforderungen unserer Kollegen entgegenzutreten. Aber auch unsere Kollegen betrachteten dieses Vorgehen als warnendes Zeichen, die Gleichgültigkeit abzuschütteln und stieg durch unermüdliche Agitation unsere Mitgliederzahl von 93 auf 165. Es bedurfte großer Anstrengungen, um die hiesigen Berufskollegen, die durch ihre miserablen Verhältnisse den Glauben an eine bessere Zukunft schon verloren hatten, für den Organisationsgedanken zu begeistern. Durch 8 öffentliche, 15 Mitgliederversammlungen und 49 Besprechungen und Sitzungen wurde das Interesse für den Verband geweckt und zur inneren Festigung beigetragen. Die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurden in der uns zur Verfügung stehenden Presse gebührend gekennzeichnet und durch unsere Kritik manche unhaltbare Zustände befeistigt. Die anwesenden Kollegen waren von der regen Tätigkeit der Verwaltung voll auf befreit. Die hierauf vorgenommene Wahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter Kollege Strauß, 2. Bevollmächtigter Kollege Ott, 1. Kassierer Kollege Voß, 2. Kassierer Kollege Thoelewarth, 1. Schriftführer Kollege Hertzberg, 2. Schriftführer Kollege Schneider; Revisor: die Kollegen Wissamer und Fander, Beisitzer die Kollegen Weissenbach, Hey und Frau Wiener. Kartelldelegierte die Kollegen Voß, Müller und Schorr.

Mögen auch in diesem Jahre die hiesigen Kollegen durch fortgesetzte Werbearbeit die Fackel der Aufklärung und des Organisationsge-

danke schwingen und durch zielbewußtes Arbeiten den Kreis der uns fernstehenden Kollegen verringeren.

Tue jeder in dieser Hinsicht seine Schuldigkeit. Den Unternehmern zum Trubl unsern Kollegen und ihren Familien zum Nutzen!

Verantwortl. Redakteur: Karl Brüsche, Rummelsburg. Verlag der Buchhdg. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmid, Berlin, Waltherstr. 37.